

Der Hannoversche Weg.

Lokaler Beitrag für Perspektiven von Kindern in Armut

Vorwort

1. Anlass und Vorgehensweise	3
2. Strategisches Ziel	
2.1. Kinderarmut – lokale Definition	5
2.2. Kinderarmut – prioritäre Zielgruppen.....	6
2.3. Kinderarmut – lokale Handlungsspielräume	7
3. Handlungsleitende Prinzipien.....	8
3.1. Strategische Schlüsselzugänge	8
3.2. Hannoversche Schlüssel – ein Glossar	9
3.3. Wo steht Hannover?	10
3.4. Kommunikation und Weiterentwicklung der handlungsleitenden Prinzipien	11
4. Perspektiven eröffnen: Handlungsansätze und spezifische Zugänge	12
4.1. Familien ein Erwerbseinkommen ermöglichen	13
4.2. Grundbedürfnisse sichern	16
4.3. Gesundheit fördern	24
4.4. Eltern erreichen	28
4.5. Kinder früh fördern	31
4.5.1 Schlüsselinstitution Kindertagesstätte	31
4.5.2 Schlüsselkompetenzen entwickeln	34
4.6. Schlüsselinstitution Schule	36
4.7. Kinder und Jugendliche stärken	38
4.8. Jugendliche auf dem Weg ins Erwerbsleben begleiten	42
4.9. Krisen bewältigen	46
4.10. Schlüsselräume priorisieren – sozialräumlich handeln	48
4.11. Hannover Aktiv Pass – Teilhabe ermöglichen	53
5. Der Hannoversche Weg auf einen Blick	54

Literatur

Vorwort

Wie überall in Deutschland sind Kinder in unserer Stadt häufiger und anders als Erwachsene von Armut betroffen: Jeder dritte bis vierte Heranwachsende wächst in einer Familie auf, die arm an Einkommen ist – das sind rund 22.000 Kinder und Jugendliche in Hannover.

Kinder sollen unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern die Chance haben, gesund aufzuwachsen, zu spielen, zu lernen, kulturelle und soziale Kompetenzen zu entwickeln, Freunde zu treffen, Sportarten auszuprobieren und einen Schul- und Berufsabschluss zu erlangen, kurz: Perspektiven für ein erwachsenes Leben jenseits von Armut entwickeln.

„Der Hannoversche Weg“ skizziert den lokalen Beitrag, Kindern und Jugendlichen Perspektiven und Chancen zu eröffnen. Die Kommunen sind es, denen in Ergänzung der Bundes- und Landesprogramme gegen Kinderarmut Basisaufgaben der Daseinsvorsorge zufallen. Lokaler Beitrag sozialstaatlicher Verantwortung ist es, für die Ausgewogenheit sozialer Lebensverhältnisse innerhalb der Stadt Sorge zu tragen.

Das Thema Kinderarmut hat in Hannover nicht nur in diesem Jahr – dem europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung – Priorität. Der Hannoversche Weg und die hierin erarbeiteten handlungsleitenden Prinzipien verstehen sich daher sowohl als Offenlegung einer bereits zurückgelegten hannoverschen Wegstrecke, als auch als Einladung, diesen Weg kennen zu lernen, weiterzugehen, und gegebenenfalls weiter zu entwickeln.

Der Kinderarmut zu begegnen ist dabei Querschnittsaufgabe, die in viele Arbeitsbereiche hineinreicht, und wo bereits viele Akteurinnen und Akteure Hannovers seit langem Verantwortung übernehmen. Teil der Verantwortungsgemeinschaft sind damit nicht nur „wir“ als Stadt, sondern die breite Palette wohlfahrtsverbandlicher und kirchlicher Arbeit, der Vereine und Initiativen sowie der zahlreichen wirkungsvollen Beispiele finanziellen und bürgerschaftlichen Engagements in unserer Stadt.

Sie alle sollen wissen, dass wir Sie auf dem hannoverschen Weg für Perspektiven von Kindern als strategische Schlüssel und Partnerinnen und Partner begreifen, die maßgeblich dazu beitragen, Kindern in Armut Türen zu öffnen. Erkennen Sie sich selbst auf diesem Weg, entdecken Sie Ihren Beitrag! Wir möchten Sie einladen, unseren handlungsleitenden Prinzipien zu folgen und Ihre eigenen Vorstellungen weiter zu entwickeln. Dies geschieht sowohl aus der Erkenntnis, dass aus staatlichen Landesmitteln oder kommunalen Quellen allein die notwendigen Ressourcen in Zukunft gar nicht mehr rekrutiert werden können, als auch in dem Bewusstsein, dass es nur gemeinsam geht.

(Thomas Walter)
Jugend- und Sozialdezernent
der Landeshauptstadt Hannover

1. Anlass und Vorgehensweise

Rund 22.000 Kinder und Jugendliche in Hannover leben unter den Bedingungen familialer Einkommensarmut. Das ist jedes/-r dritte bis vierte minderjährige Kind oder Jugendliche. Anlass für die Erarbeitung des hannoverschen Beitrags für Perspektiven von Kindern in Armut ist – wie im Folgenden deutlich werden wird – nicht ein eklatanter Mangel an Maßnahmen für Kinder in Hannover, sondern vielmehr die Palette höchst unterschiedlicher und unterschiedlich wirksamer Einzelmaßnahmen. Diese vielen Maßnahmen gilt es zunächst einmal in ihrer Gesamtheit wahrzunehmen, auf ihren Beitrag für Kinder und ihre Familien in Armut zu begreifen und in ihren jeweiligen zugrunde liegenden spezifischen Zugängen zu beschreiben.

Hannover benötigt mehr als die Summe zahlreicher Einzelmaßnahmen, sondern darüber hinaus ein „handlungsleitendes Prinzip“. Der Hannoversche Weg soll dabei handlungsleitende Prinzipien (weiter) entwickeln, auch weil Kinderarmut als Querschnittsaufgabe in viele Arbeitsbereiche hineinreicht und von vielen Akteurinnen und Akteuren Hannovers seit langem verfolgt wird.

Kindern und Jugendlichen aus einkommensarmen Familien sollen Perspektiven für ein Leben jenseits von Armut eröffnet werden, das ist das Ziel. Hierzu hat das Jugend- und Sozialdezernat der Stadt Hannover Mitte 2009 einen Prozess eingeleitet, mit dem Ziel handlungsleitende Prinzipien zu benennen. Leitfragen waren:

- Wo steht Hannover?
- Was tut Hannover **für** Kinder und ihre Familien in Armut?
- Was tun andere Städte für Kinder in Armut?
- Welche Ziele im Bereich „Kinderarmut“ sind leistbar, welche nicht?
- Welche Kinder sind besonders betroffen und welche wollen wir prioritär erreichen?
- Erreichen wir die Richtigen zum richtigen Zeitpunkt mit den richtigen Maßnahmen?
- Was sind hannoversche Stärken und Schwächen?
- Welche Maßnahmen sind Schlüsselmaßnahmen? Welche Institutionen sind Schlüsselinstitutionen, was sind unsere Schlüsselzugänge?
- Gibt es Schlüsselpersonen? Was bewirken sie?

An diesem Prozess beteiligt waren der Fachbereich Soziales und der Fachbereich Jugend und Familie sowie die Fachbereiche Bibliothek und Schule sowie Bildung und Qualifizierung. Eingeflossen sind u.a. das Erfahrungswissen von Erzieherinnen und Erziehern in Erschwerniskindertagesstätten und Familienzentren, Spielparks, pädagogischen Mittagstischen, vom Kommunalen Sozialdienst, der Jugendhilfeplanung, der Fachplanung für kulturelle Bildung, der Jugend- und Familienberatung, der Kinder- und Jugendarbeit, der Gemeinwesenarbeit sowie der Jugendberufshilfe und der Beschäftigungsförderung.

Ferner wurden Expertinnen und Experten außerhalb der Stadtverwaltung zurate gezogen. Dazu zählen das JobCenter, Vertreter der freien Wohlfahrtspflege, der Kirchen und des Gesundheitswesens, der Verband allein erziehender Väter und Mütter sowie Grund- und Hauptschulen Hannovers, vertreten durch die Sprecherinnen und Sprecher der Schulleitungen. Inhalt der insgesamt rund 20 durchgeführten Interviews war stets die Frage nach hannoverschen Stärken und Schwächen rund um Ansätze gegen Kinderarmut, welche weiteren Maßnahmen die Expertinnen und Experten jeweils ergreifen wollten und was die Kriterien für eine erfolgreiche Umsetzung hannoverscher Ansätze für mehr Perspektiven von Kindern in Armut sind.

Es wurden insgesamt **elf zentrale Handlungsfelder** abgeleitet, die für Kinder und ihre Familien in Armut von großer Bedeutung sind. Zu jedem Handlungsfeld sind Maßnahmen aufgeführt, die aus Expertinnen- und Expertensicht die bisher größte Wirkung zeigen, weil darüber prioritäre Zielgruppen möglichst frühzeitig entweder flächig oder in den richtigen Schlüsselräumen mit den richtigen Schlüsselansätzen und Schlüsselinstitutionen über Schlüsselmaßnahmen erreicht werden. Darüber hinaus werden Ansätze vorgeschlagen, die für Hannover eine Anregung sein können, z. B. weil sie sich andernorts bewährt haben, oder weil sie das bestehende Maßnahmenbündel sinnvoll ergänzen können.

Die Stadt Hannover setzt dazu nicht bei Null an, sondern baut auf Handlungsansätzen des Sozialbereichs, der Kommunalen Bildungsplanung und des lokalen Integrationsplans auf, knüpft am neuen Leitbild der Stadtverwaltung an und bezieht ausdrücklich die Stadtgesellschaft als strategische Partnerin mit ein. **Interkulturelle Kompetenz** etwa ist eine Schlüsselqualifikation, die dazu beiträgt, dass Familien mit Migrationshintergrund als eine der prioritären Zielgruppen systematischer von teilhabefördernden Angeboten profitieren. Berücksichtigt wird grundsätzlich die Tatsache, dass Kinder und Jugendliche in Armut faktisch Mädchen und Jungen bzw. junge Frauen und Männer sind. Familiäre Armut kann sich auf Jungen und Mädchen unterschiedlich auswirken („Jungen als Bildungsverlierer“ etc.). Es wird vorausgesetzt, dass **Gendersensibilität** und **Genderkompetenz** grundsätzlich leitendes Handlungsprinzip in der Mädchen- und Jungenarbeit sowie Gegenstand pädagogischer und sozialer Arbeit sind.

2. Strategisches Ziel

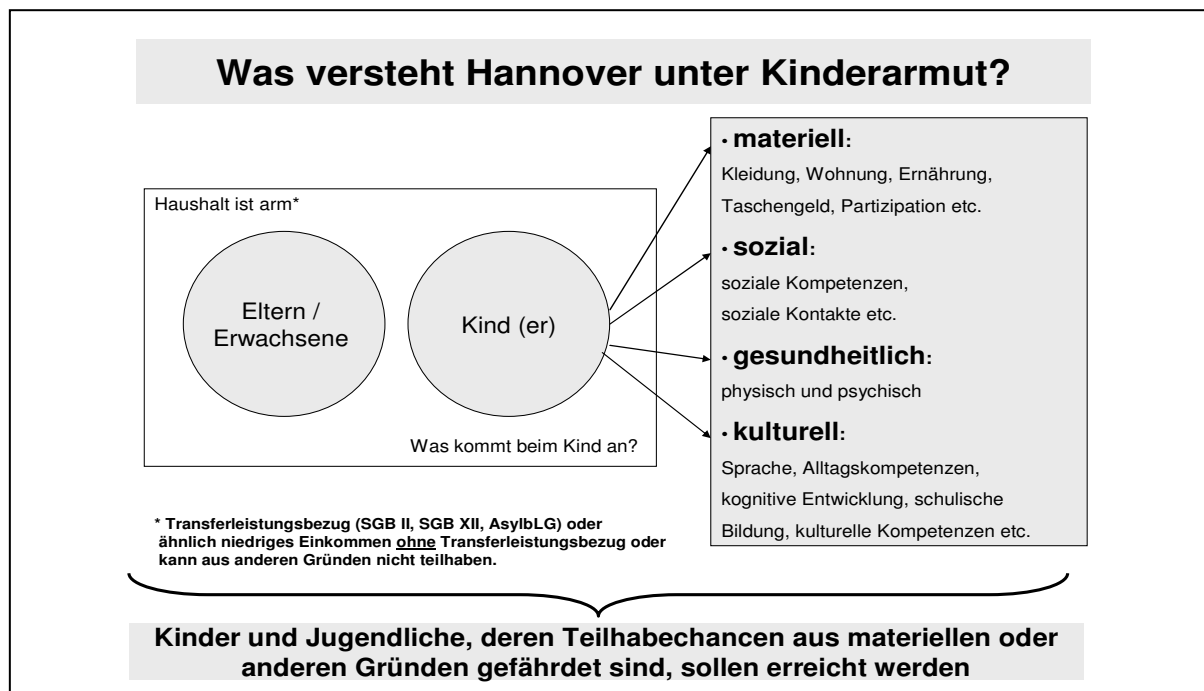
Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Familien sollen die gleiche Chance bekommen, am gesellschaftlichen, kulturellen Leben teilzunehmen, Zugang zu Bildung, Betreuung und Erziehung zu erlangen, gesund aufzuwachsen, umfassende Alltagskompetenzen, Interessen, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entwickeln und einen formalen Schul- und Berufsabschluss zu erlangen. Damit alle Kinder gleichermaßen Chancen bekommen, müssen Kinder mit höherem Armutsrisiko aufgrund potentiell niedrigerer Teilhabechancen vorrangig erreicht werden. Hierfür ist zunächst zu klären, welche Kinder und Jugendlichen wir in Hannover als „arm“ definieren wollen, welche Kinder und Jugendlichen prioritäre Zielgruppen darstellen und über welche Handlungsspielräume Hannover verfügt, um die Ziele zu erreichen.

2.1. Kinderarmut – lokale Definition

Kinderarmut meint verkürzt die Folgen von familiärer Einkommensarmut bei Kindern. Einen Hinweis über das Ausmaß der Kinderarmut in Hannover gibt die Anzahl der Minderjährigen, die in Bedarfsgemeinschaften mit Transferleistungsbezug zur Sicherung des Lebensunterhalts (SGB II / XII und zusätzlich AsylbLG) aufwächst. Im Rahmen von Sozialberichterstattung und Sozialplanung wird in Hannover seit dem Jahr 2005 der (Hilfs-)Indikator „Transferleistungsbezug“ zur Abgrenzung und Differenzierung der primär betroffenen Haushalts- und Familientypen, Altersgruppen, Geschlechter, Nationalitäten und Mikrobezirke verwendet. Als statistische Größe ist eine einkommensbasierte Definition alternativlos. Als Handlungsgröße – im Sinne von Zielgruppen – allerdings, ist ein solch enger Armutsbegriff unzureichend, weil Einkommensarmut

- zusätzlich Kinder in Familien mit ähnlichem Einkommen ohne Transferleistungsbezug umfasst
- von Eltern und Kindern subjektiv nicht als Armut wahrgenommen oder erlebt werden muss
- mehr bedeutet, als wenig Geld zu haben und zu vielfältigen Belastungen, Benachteiligungen der gesamten Familie führen kann (vgl. Abbildung 1)

Abbildung 1: Kinderarmut – Hannoversche Definition, zu erreichende Kinder und Jugendliche



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Hock, Holz, Wüstendörfer 2000

- die Spielräume der Kinder erheblich einschränkt und wichtige Entwicklungsschritte verhindert, die später nicht beliebig nachholbar sind, wodurch nicht nur die Kindheit beeinträchtigt sein kann, sondern das gesamte weitere Leben.

Vorrangig erreicht werden sollen daher nicht nur die Kinder einkommensarmer Familien, sondern auch die Kinder, die aus materiellen oder anderen Gründen nicht gleichermaßen spielen, sprechen und lesen lernen, Sport treiben, sich treffen, sich vielfältig ausprobieren, regelmäßig und gesund essen oder einen Schul- und Berufsabschluss erlangen, kurz: teilhaben können.

2.2. Kinderarmut – prioritäre Zielgruppen

Kinder in Hannover sind je nach Lebensphase, Stadtteil und familialer Herkunft sehr unterschiedlich von Einkommensarmut betroffen. Betrachtet man allein die Kinder, deren Familien ergänzend oder ausschließlich Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) beziehen, das waren Ende 2007 rund 98 %¹ aller armen Kinder, lassen sich bestimmte Zielgruppen erkennen (vgl. Anlage zur Drucksache Nr. 698: Kinderarmut in Zahlen):

- Kinder allein Erziehender
- Kinder in der Lebensphase bis zum Schuleintritt
- Kinder mit ein oder mehr Geschwistern
- Ausländische Kinder (und solche mit Migrationshintergrund) im Allgemeinen
- ausländische Kinder, direkt nach der Geburt bzw. im frühen Kindesalter
- Kinder, deren Eltern keinen oder einen Hauptschulabschluss haben
- Kinder arbeitsloser Eltern, aber auch Kinder erwerbstätiger Eltern mit nicht Existenz sicherndem Einkommen
- Kinder, die über längere Zeit oder dauerhaft in Einkommensarmut leben
- Kinder in Familien, die Hilfe zur Erziehung benötigen oder erhalten².

Überproportional anzutreffen sind diese Zielgruppen in Gebieten mit besonderem sozialem Handlungsbedarf. Aufgrund ihres nicht nur in Hannover, sondern auch bundesweit überdurchschnittlichen Armutsrisikos muss die kommunale und damit öffentliche Verantwortung für diese Kinder gestärkt werden (vgl. 12. Kinder- und Jugendbericht). Das bedeutet konkret, dass diese Zielgruppen im Alltagshandeln einerseits zwar prioritär erreicht werden sollen, andererseits aber der Fokus möglichst häufig auf ALLEN Kindern liegen sollte, weil

- ➔ prioritäre Zielgruppen im Alltagshandeln nicht immer erkannt werden können und auch nicht erkannt werden müssen, sofern über einen bestimmten Zugang ALLE oder nahezu alle Kinder erreicht werden (z. B. im Kindergarten),
- ➔ arme Kinder zu fokussieren immer ein reaktives Vorgehen bedeutet, während es ein aktives Vorgehen ist, ALLE Kinder einzubeziehen,
- ➔ keine Trennung der Kinder in Bedürftige und solche, die sich mithilfe ihrer Eltern selbst organisieren können, angestrebt wird. Alle Kinder sollen möglichst viel gemeinsame Zeit verbringen und nicht schon frühzeitig die Erfahrung ungleicher Chancen machen.

¹ Die restlichen 2 % der Kinder bezogen Transferleistungen nach dem SGB XII oder AsylbLG.

² Quelle: Sonderauswertung des Landesbetriebs für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN) zur Jugendhilfestatistik- Hilfen zur Erziehung im Auftrag der Stadt Hannover.

2.3. Kinderarmut – lokale Handlungsspielräume

Auf die absolute Anzahl der Kinder, die in Einkommensarmut aufwachsen, kann die Stadt Hannover – mit Ausnahme mittelbarer Instrumente wie z. B. der Beschäftigungsförderung, der Jugendberufshilfe oder der Wirtschaftsförderung – so gut wie keinen direkten Einfluss nehmen. Die Ausgestaltung der Regelsätze der von Armut betroffenen Kinder und ihren Familien kann und wird zwar auch von Kommunen intensiv diskutiert, muss aber auf der Bundesebene geregelt werden. Auch wenn sich infolge des aktuellen Bundesverfassungsgerichtsurteils das Prinzip der Bedarfsermittlung und die Regelsätze für Kinder im SGB II verändern werden, ist nicht davon auszugehen, dass die Kinderarmut damit etwa kausal als „erledigt“ angesehen werden könnte. Bisher bekannte Reaktionen seitens der Bundesebene gehen allerdings (auch) in die Richtung, den hier vertretenen Ansatz, mit Sachleistungen (Bildungs- und Teilhabeförderung) Armutsauswege zu beschreiten, zu stärken. Deshalb werden auch zukünftig die Handlungsspielräume Hannovers schwerpunktmäßig darin liegen, Kindern und Jugendlichen Perspektiven zu eröffnen und ihre Teilhabechancen zu erhöhen.

In der Summe aller Handlungsfelder zeigt sich, dass es nicht „den einen Königsweg“ gibt oder „das Standardrezept“, mit dem Kinderarmut in wenigen Jahren "verschwunden" wäre. Das ist ausdrücklich kein realisierbares Ziel einer Perspektiventwicklung für Kinder in Armut. Weltwirtschaftskrisen und bundesweite Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt machen auch vor kommunalen Grenzen nicht halt. Insofern wird sich Hannover realistischerweise darauf einstellen müssen, dass Kinderarmut – an Transferleistungsquoten gemessen – nicht verschwinden wird.

Was sich jedoch Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft insgesamt vornehmen können und sollen, ist ein realisierbares „Mehr an Chancengerechtigkeit“. Das bedeutet vor allem, die Folgen von Einkommensarmut bereits so früh wie möglich abzumildern und Kindern und Jugendlichen in allen Altersphasen soziale und kulturelle Teilhabe-, Gesundheits- und Bildungschancen zu bieten. Ein weiter Bildungsbegriff, der neben den systematisch ineinandergreifenden vor-, außer- und nachschulischen Bildungsorten auch umfassende Prozesse sozialen, kulturellen, finanziellen oder gesundheitsbezogenen Kompetenzerwerbs einschließt, ist dabei wesentlich. Darüber hinaus setzt Hannover als Stadt

- strukturell (z. B. Hannover-Aktiv-Pass, Infrastruktur Kinderbetreuung),
- sozialräumlich (z. B. Familienzentren, Quartiersmanagement, Stadtteilmütter),
- institutionell (z. B. Sprachförderung in Kindertagesstätten, Elternbildung in Elternwerkstätten, Berufsorientierung in Schulen),
- in den Familien (z. B. erzieherische Hilfen, Jugend- und Familienberatung)
- oder individuell (z. B. erzieherische Hilfen, Schuldnerberatung, psychologische Unterstützung)

an.

3. Handlungsleitende Prinzipien

Im Rahmen einer strategischen Ausrichtung *muss* es möglichst viele, möglichst unterschiedliche Zugänge geben, um die richtigen Zielgruppen zum richtigen – nämlich dem frühest möglichen – Zeitpunkt mit den richtigen Maßnahmen zu erreichen.

3.1. Strategische Schlüsselzugänge

Schlüssel sind dazu da, Türen aufzuschließen. Manche Türen sind für manche Kinder und ihre Eltern verschlossen, insbesondere dann, wenn sie vorübergehend oder dauerhaft wenig Geld haben, wenn sie nicht ausreichend deutsch sprechen, krank sind, wenn Türen weit weg sind oder aber, wenn sie gar nicht wissen, dass eine solche Tür überhaupt existiert. Mit Schlüsseln sind die Chancen höher „reinzukommen“ und teilzuhaben. Verschiedene Schlüsselzugänge sind zu unterscheiden:

Flächendeckend: Hierüber werden (fast) alle irgendwann in irgendeiner Lebensphase oder Situation erreicht (z. B. Kindergarten, Grundschule als Schlüsselinstitution oder Kinderärztinnen und -ärzte als potentielle Schlüsselpersonen)

Punktuell: Hierüber werden Kinder oder ihre Eltern nur dann erreicht, wenn diese Angebote vorhanden sind bzw. in Anspruch genommen werden (z. B. Spielpark, Hort, Regelhebammen, Mittagstisch, Bibliothek, Jugendtreff, Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung).

Über den Sozialraum: Hierüber werden viele Kinder in Gebieten mit besonderem sozialen Handlungsbedarf erreicht, auch infolge sozialräumlicher Ausrichtung der Arbeit (z. B. Soziale Stadt, Gemeinwesenarbeit, Quartiersmanagement, Erschwerniskindertagesstätten, Familienzentren, Nachbarschaftsinitiativen)

In spezifischen Problemlagen: Hierüber werden Kinder oder ihre Eltern in spezifischen Situationen oder Problemlagen erreicht. (z. B. Kommunaler Sozialdienst, Familienhebammen, JobCenter, Trennungs-, Erziehungs-, Scheidungs-, Flüchtlings- und Schuldnerberatung, Bedarfsfeststellungsdienst)

3.2. Hannoversche Schlüssel – ein Glossar

Ausgehend davon, wo und bei welchen Gelegenheiten wir prioritäre Zielgruppen am besten erreichen, sind → Schlüsselmaßnahmen, → Schlüsselinstitutionen, → Schlüsselpersonen und → Schlüsselräume zu nutzen, um Kinder und Jugendliche in ihren jeweiligen biografischen Lebensphasen treffgenau zu erreichen.

Schlüsselzugänge	Sie beschreiben die Art und Weise des strategischen Zugangs (vgl. Kap. 3.1.). Zugänge können flächig, über das Quartier/den Stadtteil, in spezifischen Problemlagen oder punktuell bei Inanspruchnahme oder vorhandenem Angebot sein.
Schlüsselinstitutionen	Institutionen, die Zugang zu Kindern und Jugendlichen in Armut haben, werden dann zu Schlüsselinstitutionen, wenn sie entweder <ul style="list-style-type: none"> ▪ als flächendeckendes Netz alle Kinder gleichermaßen erreichen (z. B. Grundschulen) und/oder ▪ prioritäre Zielgruppen vorrangig erreichen, entweder punktuell (Hauptschulen) oder über den Sozialraum (Familienzentren u.a.).
Schlüsselpersonen	Schlüsselpersonen sind als Ressource vor Ort oft präsent, schnell verfügbar, kommunikativ und gut vernetzt und entweder für Familien und Kinder oder für professionell Vor-Ort-Tätige eine Bezugsperson. Wenn Schlüsselpersonen Angebote kommunizieren werden sie im Unterschied zu Flyern oder Plakaten erstens zur Kenntnis und zweitens eher in Anspruch genommen. Zu Schlüsselpersonen können alle Menschen werden, die „nah dran am Leben“ sind und mit denen die meisten Familien früher oder später in Berührung kommen, wie z. B. Pädagoginnen und Pädagogen, aber auch z. B. Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit, Ärztinnen und Ärzte, Hebammen, Arztpraxispersonal, Kioskbetreiberinnen und -betreiber oder Polizei sowie Personen in Schlüsselinstitutionen. Worin besteht der Arbeitsansatz? <ol style="list-style-type: none"> 1. Schlüsselpersonen, auch nicht-professionelle, sind eine Ressource. 2. Schlüsselpersonen sind vor Ort präsent und die Wege zu ihnen sind kurz. 3. Schlüsselpersonen kommunizieren direkt und persönlich, nicht über Flyer.
Schlüsselmaßnahmen	Schlüsselmaßnahmen erreichen arme Kinder und ihre Familien entweder flächig oder zum richtigen Zeitpunkt und tragen dazu bei, Perspektiven für ein Leben jenseits von Armut zu eröffnen, insbesondere durch vermehrte Gesundheits-, Bildungs- und Teilhabechancen (Beispiel: Hannover-Aktiv-Pass).
Schlüsselräume	Stadtteile mit überproportionaler Armutsbetroffenheit, darunter insbesondere Gebiete mit besonderem sozialen Handlungsbedarf, sind als Schlüsselräume zu bezeichnen. Schlüsselräume weisen eine hohe Anzahl und/oder einen hohen Anteil an prioritären Zielgruppen (viele Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, viele allein Erziehende oder kinderreiche Familien) und eine hohe Kinderarmutsdichte bzw. (Jugend-)Arbeitslosigkeit auf. Familien in Schlüsselräumen haben häufig einen niedrigeren Wohnflächenstandard, die gesundheitliche Situation von Schulanfängerinnen und -anfängern und die Wahlbeteiligung sind besonders niedrig, dafür sind die Einkommens- und Bildungsbenachteiligung besonders ausgeprägt.

3.3. Wo steht Hannover?

Stärken und Schwächen

Aus Sicht befragter Expertinnen und Experten (vgl. Kap. 1.: Anlass und Vorgehensweise) weist Hannover viele Stärken, aber auch manche Schwäche auf. Zentrale Stärke Hannovers ist die dichte soziale Infrastruktur, die plurale, bunte, verlässliche und vielfältige Kinderbetreuungslandschaft und die Verlässlichkeit des Trägersystems. Die zunehmend verbreitete sozialräumliche Sicht und Arbeitsweise von Institutionen (z. B. Familienzentren, Schule im Stadtteil) oder Arbeitsbereichen (z. B. Kommunaler Sozialdienst, Gemeinwesenarbeit, Stadtbezirks- und Quartiersmanagement) wird als zentrale Stärke wahrgenommen, ebenso wie die breit gefächerten Instrumente der frühkindlichen Bildung (z. B. flächendeckende Sprachförderung) oder der Eltern- und Familienbildung (z. B. Rucksackmütter oder Begrüßungspaket).

Kommunale Beschäftigungsförderung, Erziehungs- und Familienberatung oder Angebote der Kinder- und Jugendarbeit werden schon deshalb als eine Stärke verstanden, weil sie über den formal gesetzlichen Auftrag hinaus freiwillig erbracht werden. Hierzu zählen auch Hannovers Spielparks, die bundesweit als einmalig zu bezeichnen sind. Programme wie der **Hannover-Aktiv-Pass** gelten bei Expertinnen und Experten als einer der Schlüsselansätze zur Eröffnung von Teilhabechancen für Kinder und Familien. Positiv gewertet wird auch die Flexibilität und schnelles Reagieren auf Bedarfe durch gesellschaftliche Kräfte (Beispiel: Mittagstische, Stadtteilinitiativen, Tafeln).

Die Kehrseite der vergleichsweise positiven Rahmenbedingungen (s.o.) Hannovers und des vielfältigen **Bürgerengagements** ist aus Sicht der Expertinnen und Experten ihre mangelnde Bündelung, Systematisierung und Priorisierung. Es entsteht der Eindruck ständigen Vorantreibens neuer Ansätze, ohne dass bestehende Ansätze weiterentwickelt und in ihren Wirkungen verfolgt würden oder in Bezug zueinander stehen. Auch die (Nicht-)Wahrnehmung struktureller Maßnahmen und ihre teilhabefördernden Wirkungen (z. B. in Kindergärten, worüber nahezu systematisch alle 3 bis 5-Jährigen Hannovers erreicht werden) steht in keinem ausgewogenen Verhältnis zur Wahrnehmung eher punktueller Initiativen, denen vergleichsweise viel Aufmerksamkeit geschenkt werde. Eine gezielte Kommunikation des bestehenden und künftigen strategischen Handelns innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung wird gewünscht und angestrebt, ebenso vermehrt der Dialog mit allen weiteren relevanten Akteurinnen und Akteuren der Stadtgesellschaft.

Erfolgskriterien

Die befragten Expertinnen und Experten würden den Erfolg des Hannoverschen Wegs weniger an sinkenden Transferleistungs- und Arbeitslosenquoten ablesen wollen, sondern z. B. (in zehn oder zwanzig Jahren) an:

- Schulerfolg und formalen und ggf. besseren Schulempfehlungen und Schulabschlüssen
- besserer Gesundheit der Kinder (Zahngesundheit, Schulanfängeruntersuchungen)
- allgemein höherer Alltagskompetenz (Jugendliche wissen, z. B. wie sie verhüten, wie sie sich gesund ernähren oder wie sie schuldenfrei bleiben)
- sinkender Kriminalität, weniger Gewalt, seltener Intensivtäterschaft
- mehr Engagement von Kindern und Eltern, weil sie verinnerlicht haben, dass es sich lohnt, sich für ihre Kommune, ihr Quartier, für sich selbst einzusetzen (evtl. höhere Wahlbeteiligung)
- allgemein höherer Lebenszufriedenheit, weil Kinder Spaß am Lernen entwickelt haben, etwas mit sich anzufangen wissen, ihre Neigungen und Interessen kennen und sich engagieren.

3.4. Kommunikation und Weiterentwicklung der handlungsleitenden Prinzipien

Die Vermeidung, Abmilderung oder Bewältigung von Kinderarmut ist eine **Querschnittsaufgabe**, die nicht allein in der Zuständigkeit des Jugend- und Sozialdezernats liegt, sondern als begleitende Aufgabe nahezu alle Handlungsfelder der Stadtverwaltung und auch der Stadtgesellschaft insgesamt berührt. Die vorliegenden **handlungsleitenden Prinzipien** verstehen sich daher sowohl als Offenlegung einer bereits zurückgelegten Hannoverschen Wegstrecke, als auch als Absicht, diesen Weg weiterzugehen, und weiter zu entwickeln. Wenn wir den Weg als Prozess betrachten muss immer wieder gefragt werden: Erreichen wir die „Richtigen“? Erreichen wir sie früh genug? Erreichen wir sie mit den richtigen Maßnahmen? Erzielen die Maßnahmen, von denen wir annehmen, dass sie richtig sind, die gewünschten Wirkungen? Setzen wir die Ressourcen also effektiv ein oder könnten wir mit gleichen Ressourcen, aber anderen Maßnahmen mehr bewirken?

Wesentlicher Bestandteil der handlungsleitenden Prinzipien ist das **Wissen** um das Ausmaß der Armut von Kindern und die hauptsächlich betroffenen Gruppen und Räume in Hannover und das **Erkennen** von Kinderarmut und ihren Folgeproblemen. Ausgehend von Hannovers Stärken und von Empfehlungen hannoverscher Expertinnen und Experten wurden elf zentrale Handlungsfelder (vgl. Kap. 4.1. bis 4.11.) identifiziert, die Kinder und Jugendliche in einkommensarmen Familien mehr Teilhabe ermöglichen.

Hierfür bedarf es strategisch zunächst eines politischen und gesellschaftlichen Diskurses und den gesellschaftlichen und politischen **Willen**, das jeweilige Handeln weiterhin chancengerecht auszurichten, wo dies schon gelingt und es chancengerechter dort auszurichten, wo dies noch nicht gelingt. Dazu beitragen sollen im Wesentlichen die **Kommunikation** der handlungsleitenden Prinzipien und ihre sukzessive, aber konsequente **Weiterentwicklung**, Schritt für Schritt und gemeinsam.

4. Perspektiven eröffnen: Handlungsfelder und spezifische Zugänge

Ausgehend von Hannovers Stärken und von Empfehlungen hannoverscher Expertinnen und Experten wurden **elf zentrale Handlungsfelder** identifiziert, die maßgeblich dazu beitragen, Kindern und Jugendlichen in einkommensarmen Familien Hannovers Perspektiven zu eröffnen und Teilhabe zu ermöglichen. Jedes Handlungsfeld umfasst ein Bündel von Maßnahmen, deren **jeweilige strategische Zugänge** beschrieben werden. In einigen Handlungsfeldern werden aktuelle (z. B. bundesweite) Entwicklungen, die voraussichtlich Einfluss auf die Situation der Kinder- und Jugendarmut in Hannover nehmen werden, angerissen. Am Ende eines jeden Kapitels werden weitere Ansätze und zu prüfende Maßnahmen aufgeführt. Sie basieren auf Anregung von Expertinnen und Experten Hannovers und werden verwaltungsintern geprüft und gegebenenfalls angeschoben.

Im Mittelpunkt der elf Handlungsfelder (vgl. Abbildung 2) steht ihre Kommunikation: Hannoverschen Weg kennen, kommunizieren, weiterentwickeln.

Abbildung 2: Elf Handlungsfelder



4.1. Familien ein Erwerbseinkommen ermöglichen

Verlässliche Kinderbetreuung

Für Kinder sind Kinderbetreuungseinrichtungen Bildungs-, Spiel- und Lernorte (vgl. Kap. 4.5.: Kinder früh fördern). Für Eltern, insbesondere für allein Erziehende, sind sie auch ein Instrument, Familie und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren. Auf diese Weise trägt Kinderbetreuung u. a. dazu bei, Eltern ein Erwerbseinkommen zu ermöglichen. Hannovers System der Kinderbetreuung gilt als ausgefeilt, verlässlich, bunt und trägervielfältig. Für die unter 3-Jährigen wird bis 2013 eine Zielquote von rund 40 % angestrebt, Ende 2008 betrug sie 23 % (inkl. Tagespflege). Im Bereich der Schulkindbetreuung existieren verschiedene Betreuungsformen, wie Hort und schulergänzende Betreuungsmaßnahmen. Strukturell befördert die Stadt den Ausbau von Ganztagschulen sowie das Konzept „Schule im Stadtteil“.

Eltern wünschen sich bessere Bedingungen zur Vereinbarkeit. Hierzu notwendig ist nicht nur die laufende Integration von Frauen ins Erwerbsleben, sondern auch die der Männer ins Familienleben (Holz 2009). Unter diesem Aspekt sind Familie und Kinderarmut auch ein Thema für Betriebe. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber finden bei der **Familienmanagerin** der Stadt Hannover Unterstützung bei der Gestaltung einer familienfreundlichen Unternehmenskultur und bei der Einrichtung betrieblicher Kinderbetreuung.

Zunehmend engagieren sich Unternehmen im Feld Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie investieren in betriebseigene Kindertageseinrichtungen, schließen sich mit freien Trägern und mehreren Unternehmen in einer Trägerkooperation zusammen, finanzieren Kontingente in Beleginrichtungen, unterstützen Eltern bei der Gründung von Elterninitiativen oder bei der Einrichtung von Großtagespflegestellen. Mehr als 27 Unternehmen in Hannover, vom kleinen bis mittleren Unternehmen, haben sich als familienfreundlicher Betrieb auditieren lassen und ihre Arbeitsabläufe, -zeiten und Betriebskultur entsprechend verändert.

Strategischer Zugang: Die Rahmenbedingungen für erwerbssuchende oder bereits erwerbstätige Eltern, insbesondere für allein Erziehende, werden sukzessive verbessert, um Familien ein Erwerbseinkommen zu ermöglichen (Betreuungseinrichtungen als Bildungsorte vgl. Kap. 4.5).

Flexible Kinderbetreuung

Trotz hoher Ganztagsquoten, sich ausweitenden Öffnungszeiten, Tagespflege und Ferienbetreuung können nicht alle Betreuungsbedarfe gedeckt werden. Von vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird vermehrt Bereitschaft zur zeitlichen oder räumlichen Flexibilität und nicht geplanter Mehrarbeit erwartet. Das betrifft besonders typische Frauenberufe, wie Kranken- und Altenpflege oder den Einzelhandel mit ausgedehnten Arbeitszeiten, Nacht-, Wechsel-, Wochenend- und Schichtdiensten. Selbst Tagespflegemütter bieten i.d.R. nicht diese Flexibilität. Und nicht alle Familien werden informell unterstützt oder haben Verwandte vor Ort. Unflexible Betreuungszeiten können sich bei flexiblen Arbeitszeiten als Vermittlungshemmnis insbesondere allein erziehender Frauen erweisen. Gleichzeitig stehen viele allein Erziehende unter Druck, bald nach der Geburt zurück in den Beruf kehren zu müssen.

Strategischer Zugang: Die Stadt Hannover reagiert auf diesen Bedarf und erprobt derzeit in zwei ganzjährig geöffneten Modellkindertagesstätten eine Regelöffnung von bis zu 12 Stunden montags bis freitags, wobei die maximale Betreuungszeit eines Kindes 10 Stunden am Tag beträgt. Ferner bietet die Stadt allen hannoverschen Unternehmen einen neuen betrieblichen Ferienbetreuungsservice („Summer in the City“) für Schulkinder während der sechswöchigen Sommerferien.

Arbeitslose Eltern unterstützen

Kinder und Jugendliche sind auf Transferleistungen des SGB II angewiesen, weil das entsprechende Elterneinkommen nicht ausreicht, den Lebensunterhalt der Kinder sicherzustellen. Ein gutes Drittel der Eltern in Bedarfsgemeinschaften mit Kindern hat Arbeit, bezieht aber ein nicht Existenz sicherndes Einkommen (working poor, vgl. Anlage zur Drucksache Nr. 698: Kinderarmut in Zahlen), etwa zwei Drittel der Eltern sind arbeitslos. Stadt und Region Hannover sowie die JobCenter, Wohlfahrtsverbände, Land und Bund fördern darum schwerpunktmäßig Arbeitslose, insbesondere weniger qualifizierte Jugendliche und Erwachsene mit und ohne Migrationshintergrund. Maßnahmen der Beschäftigungsförderung richten sich in der Regel allgemein an Arbeitslose, nicht explizit an Eltern. Eine besondere Zielgruppe sind gering Qualifizierte, weil sie häufiger und länger arbeitslos sind.

Beschäftigungsförderung

Seit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) im Jahr 2005 steht den Kommunen formal nur noch ein geringer eigenständiger beschäftigungspolitischer Spielraum offen, weil das beschäftigungsfördernde Instrumentarium des BSHG in der Regel auf die JobCenter übertragen wurde. Nichtsdestotrotz ist die Landeshauptstadt Hannover nach wie vor Koordinatorin der kommunalen Beschäftigungsförderung, was von Expertinnen und Experten als Stärke angesehen wird. Die Landeshauptstadt unterstützt Beschäftigungsträger im Stadtgebiet Hannover für beschäftigungsfördernde Maßnahmen und begreift dies als ergänzendes arbeitsmarktpolitisches Instrument. Sie ist auch selbst Beschäftigungsträger (**Stützpunkt Hölderlinstraße**) und hält vielfältige Beschäftigungsangebote in unterschiedlichen Sparten wie der Tischlerei, Schlosserei, Garten- und Landschaftsbau oder im Hoch- und Tiefbau bereit. Die Gesamtzahl der Angebote allein am Stützpunkt Hölderlinstraße liegt jahresdurchschnittlich bei über 600, darunter sind überwiegend 25 bis 50-jährige Beschäftigte, etwa ein Drittel hat einen Migrationshintergrund. Bei einem Großteil der Beschäftigungsstellen handelt es sich zurzeit um so genannte Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1-Euro-Jobs), weshalb die Besetzung der Beschäftigungsstellen überwiegend durch Zuweisungen durch das JobCenter Region Hannover erfolgt. Die Steuerungsmöglichkeiten der Stadt und auch die Transparenz darüber, wie oft hierbei Väter und Mütter eine Chance erhalten, sind dadurch begrenzt.

Teilzeitausbildung für junge Mütter

Für die besondere Situation junger Frauen unter 25 Jahren bietet das Diakonische Werk mit SINA (Soziale Integration Neue Arbeit) Maßnahmen für Qualifikation, Beschäftigung, Praktika, Ausbildung und Integration. An der dreijährigen Teilzeitausbildung, die seit 2001 für Mütter bis 25 Jahre angeboten wird, haben inzwischen insgesamt 138 Mütter teilgenommen, davon haben 84 die Abschlussprüfungen bestanden. Zurzeit befinden sich 52 Mütter in der Ausbildung.

Strategischer Zugang: Kinder und Jugendliche profitieren mittelbar von hannoverscher Beschäftigungsförderung und den Integrationsbemühungen Erwachsener in den Erwerbsarbeitsmarkt (→ Schlüsselmaßnahme), vorausgesetzt, es handelt sich um Eltern bzw. Erwachsene, mit denen sie in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Bei gelingender Integration erhöht sich damit nicht nur die Chance auf ein höheres Familieneinkommen, sondern eröffnet auch den Kindern Einblick in ein Erwachsenenleben jenseits von „Hartz IV“. Der Zugang zu den Erwachsenen erfolgt punktuell und über die spezifische Problemlage „arbeitslos“, allerdings nicht systematisch über das Kriterium „Elternschaft“.

Aktuelle Entwicklungen und Anregungen, die geprüft werden:

Qualifizierte Migrantinnen und Migranten

Aus Ergebnissen bundesweiter SGB-II-Wirkungsforschung ist bekannt, dass erwerbsfähige Hilfebedürftige mit Migrationshintergrund häufiger in größeren Haushalten mit Kindern leben, als Hilfebedürftige ohne Migrationshintergrund. Tatsache ist auch, dass Migrantinnen und Migranten häufiger entweder keinen oder auch häufiger einen höheren Schul- und Berufsabschluss (einschl. akademischer Grade) haben, als erwerbsfähige Hilfebedürftige ohne Migrationshintergrund. Grund dafür ist, dass mittlere Berufsabschlüsse infolge des Dualen Systems der Berufsausbildung in vielen Herkunftsländern keine oder kaum eine Bedeutung haben. Arbeitslose mit Migrationshintergrund sind demnach nicht so schlecht qualifiziert, wie es in der Statistik erscheint. Allerdings werden im Ausland (insbesondere GUS, Mittel- und Osteuropa) erworbene, in Deutschland aber nicht anerkannte berufliche oder akademische Abschlüsse sowohl in der Statistik, als auch in der Vermittlungspraxis als nicht existent behandelt (BMAS 2009). Sofern solche Abschlüsse hier nicht anerkannt werden und Förderungsmöglichkeiten zum Nachholen der Abschlüsse oder Brückenkonzepte zur Verwertung vorhandener Qualifikationen fehlen, werden qualifizierte Akademikerinnen und Akademiker sowie Facharbeiterinnen und Facharbeiter zu Hilfsarbeitenden mit entsprechenden Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Hierauf hat das Bundeskabinett im Dezember 2009 mit einem Eckpunktepapier zur "Verbesserung der Feststellung und Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen und Berufsabschlüssen" reagiert. Auf dieser Grundlage will sich die Bundesregierung mit den Ländern abstimmen, wie sich Rechtsgrundlagen und Verfahren im Anerkennungswesen verbessern lassen. Im Jahr 2011 soll ein Anerkennungsgesetz verabschiedet werden (Bundesregierung 2009).

Arbeitsmarktinstrumente auf dem Prüfstand

Welche Arbeitsmarktinstrumente wie erfolgreich oder erfolglos sind, wird bundesweit diskutiert und ist kein spezifisch hannoversches Thema. Die Zukunft der JobCenter und die Organisation der Hilfen für Langzeitarbeitslose stehen auf dem Prüfstand und werden absehbar auch die Kooperationsstrukturen der beteiligten Träger beeinflussen. Die Landeshauptstadt Hannover nutzt auch weiterhin das Feld der Beschäftigungsförderung und der Jugendberufshilfe als aktives arbeitsmarktpolitisches Instrument.

4. 2. Grundbedürfnisse sichern

Kinderarmut bedeutet *auch*, wenig Geld zu haben, aber nicht *nur*. Untersuchungen armer Familien zeigen (z. B. Meier et al. 2003, Holz 2009): Die Mehrheit der Eltern geht sehr verantwortungsvoll mit ihrer Armutssituation um. Eltern haushalten, indem sie zuallererst an sich selbst sparen und auf die Realisierung eigener Bedürfnisse verzichten. So werden Urlaub, Ausflüge oder Zeitungsabonnements als Erstes gestrichen. Aus der Kindperspektive bedeutet dieser gewissenhafte Umgang, dass die Gelegenheiten, die Welt zu entdecken, eingeschränkt werden. Neben Teilhabemöglichkeiten an Kultur, Bildung und Erholung fehlt es vielen Familien an Elementarem. Untersuchungen zeigen, dass Familien in Armut gezwungen sein können, an existentieller Versorgung wie Kleidung, Lebensmitteln, Schulmaterial oder einer ausreichend beheizten Wohnung zu sparen (AWO 2000). In Hannover reagieren hierauf unterschiedliche Akteurinnen und Akteure mit sehr verschiedenen Unterstützungsangeboten.

Leistungsansprüche kennen und kommunizieren

Vielen Familien fehlt der systematische Überblick und die Transparenz darüber, welche Möglichkeiten und Hilfsangebote es gibt. Um sich im Dickicht monetärer Leistungsansprüche zurechtzufinden, gibt es verschiedene Informationszugänge.

Das **FamilienServiceBüro** übernimmt in Fragen finanzieller Fördermöglichkeiten eine Lotsenfunktion, wenn Eltern Informationen zu Elterngeld, Kinderzuschlag, BAföG, Kinderwohngeld oder zur Übernahme von Kinderbetreuungskosten benötigen. Auch Neukundinnen und -kunden in den **JobCentern** werden von so genannten Auswegberaterinnen und -beratern in einem ca. einstündigen Gespräch umfassend über jeweilige Ansprüche, flankierende Leistungen und Angebote des Arbeitsmarkts beraten. Beim **Fachbereich Soziales** können Familien Hilfen nach dem SGB XII beantragen, ebenso wie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Unterhaltssicherungsgesetz. Eine Übersicht über Hilfsangebote und Informationen zu den jeweiligen Voraussetzungen für einen Leistungsanspruch liefert z. B. das Internet unter www.hannover.de.

Darüber hinaus brauchen Familien in prekären Lebenssituationen Adressen und eine Zusammenfassung der Angebote konkret vor Ort und in den Stadtteilen. Hierbei können sich Familien beim Kommunalen Sozialdienst Unterstützung holen, aber auch bei Sozialberatungsstellen der Wohlfahrtsverbände, den Arbeitslosenzentren oder dem Sozialverband.

Elternbegleiterinnen und -begleiter und Stadtteilmütter oder Integrationslotsen sind Schlüsselpersonen. Sie begegnen anderen Eltern auf Augenhöhe und können unter Rückgriff auf eigene Erfahrungen mit dem deutschen Hilfesystem und ggf. vor dem Hintergrund eigener Armuts- oder Migrationserfahrungen unkompliziert weiterhelfen, beispielsweise beim Ausfüllen eines Formulars.

Strategischer Zugang: Neben institutionellen Beratungs- und Unterstützungsangeboten spielen gut vernetzte, dezentrale → Schlüsselpersonen eine entscheidende Rolle, wenn es um die Kommunikation und den Zugang zu Informationen und Hilfen geht (→ Potential zur Schlüsselmaßnahme). Exemplarisch dafür stehen Elternbegleitungen, Integrationslotsen und Stadtteilmütter.

Überschuldung verhindern, Schulden in den Griff kriegen

Überschuldung liegt vor, wenn das Vermögen des Schuldners die bestehenden Verbindlichkeiten nicht mehr deckt. Die Gesamtzahl Überschuldeter lässt sich nur schätzen. Anhaltspunkte geben die Personen, die eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchen. Allerdings müssen nicht alle, die Beratung aufsuchen, zwangsläufig überschuldet sein. Manchmal ist auch nur eine vorübergehende Zahlungsstörung eingetreten, mit deren Folgen die beratenen Personen überfordert sind. Das ist einer der Gründe, warum Statistiken der Schuldnerberatung keinen Beitrag zur Gesamtzahl der überschuldeten Personen oder Haushalte leisten können. Ein weiterer Grund liegt darin, dass viele Personen nicht die Dienste von Schuldnerberatungsstellen in Anspruch nehmen, obwohl sie überschuldet sind. Außerdem gibt es auch andere Stellen wie Sozialämter, Rechtsanwälte oder Steuer- und Wirtschaftsberater, die Beratungen durchführen sowie Bescheinigungen für das Scheitern außergerichtlicher Einigungsversuche ausstellen und danach das Insolvenzverfahren begleiten können. Zieht man dennoch die Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes heran zeigt sich: Arbeitslosigkeit ist bundesweit der häufigste Auslöser für eine Überschuldung (28 % der Beratungsfälle), gefolgt von Ereignissen wie Trennung, Scheidung oder Tod des Partners / der Partnerin (14 %) oder Erkrankung, Sucht oder Unfall (10 %). Ein Fünftel der Beratungssuchenden in Schuldnerberatungsstellen sind Paare mit Kindern (21 %). Allein Erziehende Frauen nehmen mehr als doppelt so häufig Beratung in Anspruch (14 %), als es ihrem Anteil an allen Haushalten (6 %) entspricht (Statistisches Bundesamt 2008).

Schuldnerberatung

In Hannover gibt es sechs Schuldnerberatungsstellen in unterschiedlicher Trägerschaft, darunter eine städtische Beratungsstelle. Die Zahl der neuen Beratungskontakte allein in der städtischen Schuldnerberatung beträgt ca. 1.500 pro Jahr. Rund 15 % der Beratungssuchenden sind allein erziehend. Über die Hälfte der Beratungssuchenden sind Kundinnen und Kunden der JobCenter, die sogenannte flankierende Leistungen der Eingliederung (§16 a SGB II) in Anspruch nehmen.

Schuldenprävention

Neben der Beratung überschuldeter Menschen rückt die Präventionsarbeit mit Zielgruppe Jugendlicher und junger Erwachsene in den Vordergrund. Ziel ist es, den Umgang mit (wenig) Geld zu erlernen, Schulden gar nicht erst entstehen zu lassen oder sie in den Griff zu kriegen, um eine frühzeitige Verschuldung junger Menschen zu verhindern und die Finanzkompetenz zu stärken. Weil Schulen und Jugendeinrichtungen nur selten und kaum systematisch das Thema „Verschuldung“ aufgreifen (können), hat die Stadt Hannover die Präsenz der Schuldnerberatung in diesen Einrichtungen verstärkt und gestaltet in Zusammenarbeit mit den Lehrkräften Unterrichtseinheiten oder Projekttag zu Themen wie Handyschulden, eigene Wohnung, Führerschein oder kostenpflichtige Aktivitäten im Internet. Seit Juli 2008 wurden in 37 durchgeführten Veranstaltungen insgesamt 565 Teilnehmende in Schulen oder bei Trägern von Eingliederungsmaßnahmen nach SGB II erreicht.

Strategischer Zugang: Während Schuldnerberatung Jugendlichen und Familien in spezifischen Problemlagen erreicht, die von diesem Beratungsangebot wissen und Gebrauch machen, setzt Schuldenprävention (→ Schlüsselmaßnahme) in ausgewählten Schulen (→ Schlüsselinstitutionen) und Jugendeinrichtungen an. Über den Unterricht werden alle Jugendlichen erreicht, deren Schulen oder Schulklassen sich an den Programmen beteiligen.

Spenden, Stiftungen, HAZ-Weihnachtshilfe

Familien, die sich in einer extremen Notlage befinden, sich selbst aber nicht helfen können und deren Not sich gleichzeitig mit finanziellen Mitteln lindern lässt, können unter bestimmten Voraussetzungen schnell und unbürokratisch auch finanzielle Hilfe aus Spenden- oder Stiftungsmitteln erhalten. Zugang dazu bekommen Familien u. a. über den Kommunalen Sozialdienst, der sie bei der Antragstellung unterstützt. Eine Reihe von Stiftungen und Spendenmitteln richtet sich auch oder zum Teil gezielt an Kinder, (kinderreiche) Familien oder allein Erziehende.

Spenden

Der Einsatz von Spenden eignet sich vor allem gut für akute Hilfen, kurzfristiges Engagement oder die Unterstützung von Projekten. Exemplarisch hierfür steht die HAZ-Weihnachtshilfe. Sie wird im Fachbereich Soziales koordiniert und speist sich aus Spenden von Menschen aus der Region Hannover. Gespendet wird nicht nur Bargeld, sondern es wird auch **bürgerschaftliches Engagement** für Weihnachtsbasare oder Benefizkonzerte mobilisiert, deren Erlöse in die Weihnachtshilfe fließen. Von 1.940 Anträgen im Jahr 2008 wurden 852 Anträge für Familien bewilligt (44 %), darunter 469 für allein Erziehende. Insgesamt richteten sich 42 % der Spendenausgaben an Familien, wovon wiederum mehr als die Hälfte allein Erziehenden zugute kam.

Stiftungen

Soll die Unterstützung auf Dauer und nachhaltig angelegt sein, eignen sich Stiftungen eher als Spenden. Immer mehr Menschen – aber auch Unternehmen – in der Region Hannover möchten aus ganz unterschiedlichen Gründen zumindest mit einem Teil ihres Vermögens Gutes tun. Zahlreiche hannoversche Stiftungen (so genannte rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts) konzentrieren sich je nach Stiftungszweck in ihrem **Förderengagement** auch auf Not leidende Kinder oder auf Familien mit und ohne Migrationshintergrund. Die Voraussetzungen der jeweiligen Stiftungen sind verschieden und ein Rechtsanspruch besteht nicht. Die Landeshauptstadt Hannover verwaltet, ebenso wie viele Kirchengemeinden, Notare oder Banken, treuhänderisch eine Reihe nicht rechtsfähiger Stiftungen und Nachlässe. Die Stadt erfüllt – gesondert vom städtischen Haushalt – die Vorgaben der Stiftungszwecke, darunter z. B. die Stiftung zur Hilfe in Notfällen oder die Stiftung zur Hilfe für Auszubildende (Landeshauptstadt Hannover 2007).

Strategischer Zugang: In Situationen, in denen Familien finanzielle Unterstützung brauchen, können sie sich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kommunalen Sozialdienstes (→ Schlüsselpersonen) wenden und nach Möglichkeiten einer Spende fragen. Spenden erreichen Familien nur im Einzelfall und können bei finanzieller Notlage eine kurzfristige Hilfe sein, aber kaum eine langfristige Stabilisierung erzielen.

Wohnen und Wohnumfeld

Stadterneuerung

Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von armutsgefährdeten und von Armut betroffenen Kindern und Jugendlichen liegen auch im Feld der Stadterneuerung, beispielsweise durch

- Mobilisierung von Fördermitteln für soziale und kulturelle Infrastruktur, die dazu beiträgt, Benachteiligungen durch ein bestimmtes soziales Umfeld zu reduzieren
- Einsatz von Fördermitteln zur Verbesserung der Wohnsituation allgemein und speziell für Familien (familiengerechtes Wohnen) bei weiterhin bezahlbaren Mieten und Steuerung des Mitteleinsatzes
- Verbesserung des Wohnumfeldes, vor allem auch der Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche
- besonders intensive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Planung dieser Projekte, zur Stärkung ihres Selbstbewusstseins und ihrer sozialen Kompetenz.

Familienwohnen

Wohnungssuchende Familien, insbesondere allein Erziehende, die Schwierigkeiten haben, sich am freien Wohnungsmarkt mit einer geeigneten und vor allem finanzierbaren Wohnung zu versorgen, können **Wohnberechtigungsscheine** beantragen oder Unterstützung von der kommunalen **Wohnraumvermittlung** bekommen. Familien, die plötzlich weniger Einkommen haben, z. B. infolge ausbleibender Unterhaltszahlungen und Probleme haben, die Miete zu zahlen, können sich an den Kommunalen Sozialdienst im Stadtteil wenden. Sofern – aus welchen Gründen auch immer – Wohnungsverlust droht, setzen individuelle **wohnungserhaltende Hilfen** ein. Dieses gilt insbesondere bei Räumungsklagen, die beim Amtsgericht wegen Mietschulden eingereicht werden. Im Jahr 2009 wurde die Stadt Hannover über 1.139 Klagen auf Grund von Mietschulden informiert. Davon betroffen waren 288 Familien, darunter 129 allein Erziehende. Der drohende Wohnungsverlust konnte überwiegend durch Eigeninitiative der Betroffenen, Beratung und Aktivierung der Selbsthilfepotentiale sowie das Initiieren weiterer Hilfen (Übernahme der Mietschulden durch den Träger der Sozialhilfe, Vermittlung einer anderen Wohnung u.ä. Maßnahmen) verhindert werden. Gerade bei Haushalten mit Kindern ist daher nur in seltenen Fällen die Unterbringung in einer Unterkunft als Konsequenz der Räumungsklagen erforderlich.

Energiesparberatung

Energie- und Mietschulden sind häufig die Spitze des Eisbergs weitaus höherer „darunter“ liegender Schulden. Stromkosten und steigende Heizkosten, die nur zum Teil durch den Regelsatz des Arbeitslosengelds II oder der Sozialhilfe abgedeckt werden, können leicht Schulden verursachen, wenn keine Rücklagen vorhanden sind, um Nachzahlungen zu begleichen. Bei ca. 1,3 % der Kundinnen und Kunden der Stadtwerke Hannover kommt es zu Sperrungen der Energiezufuhr. Derzeit wird ein Konzept zur Vermeidung von Strom- und Gassperren in Privathaushalten entwickelt. Stadtwerke-Kunden können sich bei Zahlungsschwierigkeiten (auch mehrsprachig) beraten lassen und bei Zahlungsschwierigkeiten z. B. Ratenzahlungen, Stundungen oder Teilzahlungen verabreden. In Quartieren, die am Programm Soziale Stadt teilnehmen und künftig auch in weiteren Stadtteilen, findet Energiesparberatung einkommensschwacher Haushalte und Beratung zu Fragen der Zahlungsabwicklung statt.

Strategischer Zugang: Familien mit Energie- oder Mietzahlungsproblemen können sich auf unterschiedlichen Wegen gezielt Hilfe und Beratung holen, sofern sie die Hilfsangebote kennen, diese Hilfe nachfragen oder auf Hilfsangebote reagieren. Energiesparberatung findet in → Schlüsselräumen statt. Maßnahmen der Wohnraumvermittlung und wohnungserhaltende Hilfen sichern das Grundbedürfnis nach Wohnen (→ Schlüsselmaßnahme). Stadterneuerung trägt zur Wohn- und Wohnumfeldverbesserung vieler Familien bei und stärkt die Beteiligungskultur.

Kleingärten

Einkommensarme Familien haben seltener Wohneigentum, häufig kleinere Mietwohnungen und dementsprechend seltener stehen ihnen Gärten zur Verfügung. Das Förderprogramm Kleingärten im Fachbereich Soziales ermöglicht einkommensschwachen Personen, schwerpunktmäßig Familien, ein gezieltes Darlehen, damit sie Kleingärten nutzen können und die Kleingartenpacht oder Abstandszahlungen für Bewuchs und Gebäude aufbringen können. Bislang wurden 58 zinsfreie Darlehen bewilligt. Von den 58 Bewilligungen fielen insgesamt 49 auf Familien, darunter 15 allein Erziehende, vier Familien mit Kindern, die eine Behinderung haben. Etwa 15 Familien/Personen haben einen Migrationshintergrund. Neue Darlehensvergaben speisen sich aus den Darlehensrückzahlungen der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner, die freiwillig, unbürokratisch und in der Regel problemlos verlaufen. Angebot und Nachfrage halten sich derzeit die Waage.

Strategischer Zugang: Kleingärten erreichen punktuell einkommensschwache Haushalte, darunter primär Familien, die das Angebot für sich nutzen wollen.

Materielle Teilhabe im Alltag

Kleidung und Gebrauchsgüter

Second-Hand-Läden stehen allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung, ob arm oder nicht. Prinzip der Second-Hand- oder Sozialkaufhäuser ist es, Gebrauchsgüter wie Kleidung, Möbel und Haushaltswaren zu verkaufen, optimalerweise an alle Kaufinteressierten und ohne Bedürftigkeitsnachweis. Auf diese Weise entstand beispielsweise in dem Sozialkaufhaus „Fairkauf“ nicht nur ein sich finanziell selbst tragender Wirtschaftszweig, sondern auch eine Reihe von Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnissen. Der Umsonstladen in Mittelfeld wird von Ehrenamtlichen geführt und steht allen Bewohnerinnen und Bewohnern offen. Hier erhalten sie gegen einen Obolus gut erhaltene Gebrauchsgüter, können sich informieren, nachbarschaftliche Hilfen anbieten oder erhalten und Kontakte knüpfen. Daneben gibt es eine große Bandbreite sich selbst organisierender Familien, Flohmärkte und Tauschbörsen für Kinderspielzeug, Babykleidung und Schulsachen. Kleiderkammern stellen, meist gegen Bedürftigkeitsnachweis, gratis Kleidung zur Verfügung.

Strategischer Zugang: Second-Hand-Läden, Flohmärkte o. ä. stehen flächig allen Familien gleichermaßen offen, ob arm oder nicht. Sie erreichen Familien und Kinder punktuell bei Inanspruchnahme und können dazu beitragen, am Konsum „teilzuhaben“ und trotzdem den Geldbeutel zu entlasten.

Schulausstattung

Seit 2009 gibt es für Schulkinder in Familien mit Transferleistungsbezug (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe) von der Einschulung bis zum Ende des Schulbesuchs Geld für neue Schulsachen. Es dient vorrangig dem Erwerb von Schulranzen, Sportbekleidung, Schreibutensilien oder Ähnlichem. Die zusätzliche Leistung in Höhe von 100 Euro pro Schuljahr wird seit August 2009 automatisch von den jeweiligen Leistungsträgern (JobCenter oder Fachbereich Soziales) gezahlt. Darüber hinaus gibt es hannoversche Initiativen, die gezielt Schulkinder unterstützen. Zum Beispiel hat der Verein Aktion Sonnenstrahl e.V. zum Schulanfang rund 400 hannoversche Erstklässler mit einer Erstausrüstung für ihre Schulranzen ausgestattet.

Strategischer Zugang: Das so genannte Schulbedarfspaket erreicht flächig und automatisch alle Schülerinnen und Schüler allgemein- oder berufsbildender Schulen bis zum 25. Lebensjahr in Familien mit Transferleistungsbezug.

Mobil sein

Mobilität ist ein Grundbedürfnis und für die Teilhabe an der Gesellschaft zwingend. Mobil zu sein bedeutet, Kontakte pflegen zu können und den Arbeitsplatz, Einzelhandels-, Bildungs-, Freizeiteinrichtungen oder Gesundheitsdienstleistungen erreichen zu können. Die Regelsätze des zweiten und zwölften Sozialgesetzbuches sehen zwar einen Etat für Mobilitätsleistungen vor, der jedoch oft individuell nicht ausreicht. Zeitgleich mit dem Hannover-Aktiv-Pass führte die Region Hannover daher für Transferleistungsberechtigte (Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II, Asylbewerber und Kriegsopfer) Vergünstigungen in Bussen und Bahnen im Tarifgebiet des Großraum-Verkehr Hannover (GVH) ein. Das Sozialticket wird ebenso wie der Hannover-Aktiv-Pass von über 10.000 Personen in der Region nachgefragt, darunter auch Familien und Kinder. Es kommt insbesondere Kindern und Jugendlichen zugute, die keine Schüler- oder Azubi-Tickets nutzen (können) sowie deren Eltern.

Strategischer Zugang: Das Sozialticket erreicht ebenso wie der Hannover-Aktiv-Pass (→ Schlüsselmaßnahme) Familien und Kinder mit sehr geringem Einkommen, die das Angebot für sich in Betracht ziehen und in Anspruch nehmen.

Lebensmitteltafeln

Lebensmitteltafeln, darunter auch die im Bundesverband Deutsche Tafel e.V. organisierte Hannovertafel, sammeln Lebensmittelspenden von z. B. Supermärkten, Großhändlern oder Bäckereien ein und verteilen sie an Bedürftige weiter. Die Lebensmittel werden an Einrichtungen, wie Wohnheime für Obdachlose, Flüchtlinge, an Projekte für Kinder und Jugendliche oder direkt über Ausgabestellen z. B. in Kirchengemeinden an Menschen zugeteilt, die ihre Bedürftigkeit nachweisen. Mitzubringen sind der Bundespersonalausweis und ein aktueller Arbeitslosengeld-, Grundsicherungs- oder Rentenbescheid. Tafeln sind für viele Familien der kurzfristige und oftmals einzige Weg zur Lösung ihres Problems. In Hannover nutzen regelmäßig ca. 4.000 Menschen die Hannovertafel. Getragen werden die Lebensmitteltafeln als Feld des sozialen **Bürgerengagements** durch eine hohe Anzahl Ehrenamtlicher – es sind über 80, die allein bei der Hannovertafel mithelfen (www.hannovertafel.de).

Strategischer Zugang: Lebensmitteltafeln erreichen Familien punktuell und können in finanziellen Notlagen eine kurzfristige Hilfe sein, aber kaum langfristige Stabilisierung erzielen.

Mittagstische

Regelmäßige, ausgewogene und gesunde Mahlzeiten sind nicht für alle Kinder eine Selbstverständlichkeit. Kinder in Kindertagesstätten, die ganztags oder dreiviertel betreut werden sowie halbtags mit Essen (in Kindergärten) und Kinder in Krippen und Krabbelgruppe sowie alle Hortkinder erhalten neben der pädagogischen Betreuung automatisch auch ein Mittagessen. Hierfür wird ein Essengeld in Höhe von 30 Euro monatlich erhoben. Jüngere Geschwisterkinder essen umsonst.

Zusätzlich bieten die derzeit etwa 30 Mittagstische in Hannover gratis oder gegen ein kleines Entgelt Mittagessen für Kinder an unterschiedlichen Orten an, in Spielparks, Kinderhäusern, Nachbarschaftstreffs, Stadtteilcafes, Grundschulen, Kirchengemeinden, Jugendzentren oder Lückekindertreffs. Sie sind oft das Ergebnis **bürgerschaftlichen Engagements** vieler Initiativen in unterschiedlicher Trägerschaft. Aufgrund konzeptioneller Vielfalt sind die Angebote in ihrer Wirkungsbreite und Nachhaltigkeit alles andere als vergleichbar. Finanziert durch Geld-, Sach- und zum Teil Lebensmittelspenden, Stiftungen oder Patenschaften konzentrieren sich die Mittagstische (auch Kindertafeln genannt) primär auf Gebiete mit besonderem sozialen Handlungsbedarf und/oder richten sich an bestimmte Zielgruppen, wie Migrantinnen und Migranten. Die Mittagstische werden täglich bis einmal wöchentlich angeboten und

können eingebunden sein in feste Gruppen oder gänzlich offen sein, **flankiert mit pädagogischen Angeboten**, meist Hausaufgabenhilfe oder -betreuung.

Es ist zu beobachten, dass unterschiedliche Träger und Orte auch unterschiedliche Kinder ansprechen. Beispielsweise erreicht ein Teil der Mittagstische arme Kinder genau deshalb, weil sie sich *nicht* explizit an arme und bedürftige Kinder richten, sondern z. B. an alle Kinder im Stadtteil oder an alle in der Einrichtung. Nachhaltig, im Sinne von über die reine Essensversorgung hinausgehend, sind ergänzende pädagogische Ansätze, inhaltliche Vernetzung mit der Arbeit des Kommunalen Sozialdienstes oder Ansätze, die in die Familien hineinwirken, indem Eltern eingebunden werden. Weitaus mehr als reine Sättigung leisten auch Mittagstische, die mit Ansätzen der Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung kombiniert werden oder mit Kindertagesstätten, Familienzentren, Stadtteilkultureinrichtungen, Ausbildungsstätten oder Schulen vor Ort kooperieren.

Neben „Quantität“ als Antwort auf unzureichende Essensversorgung spielt der **qualitative Aspekt** der Mittagstische eine zentrale Rolle. Kinder erleben das Mittagessen – je nach Mittagstisch – als eine Art intaktes Familientreffen und Sozialleben, das ihren Alltag strukturiert und wo sie sich nicht nur „zu Hause“ fühlen, sondern auch Hilfe und Unterstützung erfahren. Sie lernen im optimalen Fall, Speisen selbst zuzubereiten oder wie sie mit geringem Budget kostengünstig haushalten können. Wünschenswerterweise kommen sie mit unterschiedlichen Lebensmitteln in Berührung und lernen den Wert gesunder und abwechslungsreicher Ernährung schätzen (vgl. Kap. 4.3.: Gesundheit fördern).

Strategischer Zugang: Mittagstische, die neben Sättigung auch gesundheitsförderliche, pädagogische oder soziale „Qualität“ bieten und verbundorientiert arbeiten oder sozialräumlich vernetzt sind, beispielsweise mit dem Kommunalen Sozialdienst, erweisen sich als → Schlüsselmaßnahme. Sie sind insbesondere dann ein Schlüsselansatz der Teilhabeförderung, wenn sie möglichst alle Kinder ansprechen und allen Kindern offen stehen und darüber auch prioritäre Zielgruppen in → Schlüsselinstitutionen oder in → Schlüsselräumen erreichen.

Anregungen, die geprüft werden:

Mittagstische

Der Bedarf an geregelter und gesunder Mittagsessensversorgung für Kinder ist aus Expertensicht größer als angenommen und gilt als nicht gedeckt. Durch das geplante Ganztagschulmodell an zunächst 21 Grundschulen werden künftig weitere Kinder über Mittagessenangebote erreicht werden können. Darüber hinaus könnten beispielsweise im Rahmen der Neuorganisation der Kinder- und Jugendarbeit künftig sozialraumbezogene Lösungen als Antwort auf konkrete Bedarfe entwickelt werden, wie die Mittagsverpflegung möglichst aller Kinder noch systematischer organisiert und qualitativ sichergestellt werden könnte. Optimal und wünschenswert wäre es, wenn es auf diese Weise allen Kindern und Jugendlichen möglich würde, gemeinsam an Mittagessen und Nachmittagen teilzuhaben, ohne dass zwischen bedürftigen und sich selbst organisierenden Kindern getrennt würde.

Systematische Kommunikation von Ansprüchen und Angebotsmöglichkeiten

Eine Reihe von Teilhabe fördernden Maßnahmen richtet sich ausschließlich und teilweise automatisch an Transferleistungsbeziehende, einschließlich Ergänzender und Aufstocker (z. B. Hannover-Aktiv-Pass, Sozialticket, Rundfunkgebührenbefreiung, Lebensmittelspenden des Bundesverbands Deutsche Tafel e.V., einige Kleiderkammern, Schulbedarfspaket). Familien, die knapp oberhalb bestimmter Anspruchsgrenzen liegen, gehen oft leer aus. Information über weitere Ansprüche und Angebotsmöglichkeiten, wie zum Beispiel den Kinderzuschlag, kommen bei den Familien häufig nicht an. Was vielen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren fehlt ist ein systematischer Überblick. Vielen Familien hingegen fehlt die für sie einschlägige und passgenaue Information. Eine Übersicht mit Adressen und eine Zusammenfassung von lokalen Hilfsangeboten im Hilfedschungel, auch für Familien in prekären Lebenssituationen liefert zwar z. B. die von der Stadt Hannover herausgegebene Broschüre: „Mit Kindern leben in Hannover“. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass Broschüren dieser Art überwiegend von denjenigen Familien zur Kenntnis genommen werden, die ohnehin in der Lage sind, sich selbst zu organisieren. Strategisch stellt sich die Frage, wie solche Informationen treffgenauer kommuniziert werden, so dass die Angebote die prioritären Zielgruppen und ihre Familien auch tatsächlich erreichen. Zielführend ist, wenn die Angebote niedrigschwellig, unbürokratisch und dezentral zur Verfügung stehen. Die Kommunikation durch Schlüsselpersonen ist auch hierbei wegweisend.

4.3. Gesundheit fördern

Materielle Benachteiligung kann sich negativ auf die Gesundheit und das Wohlbefinden von Kindern auswirken. Wenn Familien an Notwendigem wie Nahrung, Kleidung und Wohnraum sparen müssen, liegt dieser Zusammenhang auf der Hand. Die Einkommenssituation bestimmt häufig die Wohnqualität, den Wohnstandort und damit das Wohnumfeld. Die Wohnung und die nahe Nachbarschaft stellen für Kinder die Umwelt dar, in der sie sich am häufigsten aufhalten. Beispielsweise ist in einigen sozial benachteiligten Wohnvierteln, die direkt in vielbefahrenen Verkehrsstraßen liegen, die Verkehrs- und Schadstoffbelastung höher. Doch auch bei besseren Umfeldbedingungen kann die Qualität von Nahrung, Kleidung und Wohnung erheblich eingeschränkt sein, insbesondere im Vergleich zu Familien mit höherem Einkommen.

Finanzielle Einschränkungen erschweren darüber hinaus die soziale Teilhabe, da viele gesundheitsförderliche Aktivitäten (z. B. Sportvereine, Schwimmbad, gesunde Ernährung) Geld kosten. Aber auch die Nicht-Teilhabe an sozialen Standards von Gleichaltrigen, wie Kindergeburtstage oder Ausflüge haben Konsequenzen für das psychische Wohlbefinden und in letzter Konsequenz für die gesundheitlichen Ressourcen. Kinder in Armut haben höhere Gesundheitsrisiken und zeigen häufiger Auffälligkeiten, angefangen bei der Säuglingssterblichkeit und Frühgeburtlichkeit, bis hin zu Unfällen, Entwicklungsstörungen und psychischen Auffälligkeiten (Dragano, Lampert, Siegrist 2009).

Gesundheitsfördernde Ansätze in Hannover reichen von der zertifizierten, rauchfreien Kindertagesstätte oder Schule über Gesundheitsläden, Schwimmkurse und Fahrradtrainings für Mütter bis hin zum Mitternachtssport für Jugendliche oder dem Ansatz „bewegte Schule“ und ergonomische Möblierung. Für Nicht-Krankenversicherte und Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus kann in Nottfällen beispielsweise die Malteser Migranten Medizin (MMM) Untersuchung und Beratung in medizinischen Fragen, Notfallbehandlung bei Krankheit und Hilfe bei Schwangerschaft und Geburt übernehmen. Im Folgenden werden exemplarisch einige Ansätze herausgegriffen, die speziell Familien und Kinder in Armut erreichen oder das Potential dazu haben.

Sport mit dem Hannover-Aktiv-Pass

Der Hannover-Aktiv-Pass ermöglicht allen Kindern und Jugendlichen mit Transferleistungsbezug neben weiteren Ermäßigungen die Mitgliedschaft eines Sportvereins mit einem Jahresbetrag von bis zu 120 Euro Mitgliedsbeitrag. Allein im letzten Jahresdrittel des Jahres 2009 wurde diese Möglichkeit von fast 400 Kindern und Jugendlichen genutzt. Prävention im Kindes- und Jugendalter kann große Erfolge erzielen, weil bereits in der Kindheit der Grundstein für die körperliche und psychische Gesundheit des Erwachsenen gelegt wird und gesundheitsbezogene Verhaltensweisen und Einstellungen früh geprägt werden. So gesehen geht es bei früher Prävention nicht nur darum, kurzfristige Effekte für die Gesundheit zu erzielen, sondern es werden auch langfristige Wirkungen für den gesamten Lebenslauf erwartet.

Strategischer Zugang: Der Hannover-Aktiv-Pass (→ Schlüsselmaßnahme) ermöglicht Kindern trotz einkommensarmem Hintergrund Zugang zu Sport, Bewegung und Fitness und ist ein Baustein der Gesundheitsförderung und Prävention.

Gesundheitsförderung bei Eltern und in der Familie

Gesundheitsförderungsansätze, die auf die gesamte Familie abzielen, beziehen Eltern zwingend mit ein. Eltern haben einen unmittelbaren Einfluss auf die Gesundheit ihres Kindes und dieser ist umso höher, je kleiner und damit abhängiger das Kind ist. Ob mit oder ohne ausreichend Geld – Eltern mangelt es heute häufiger an Alltags- und Haushaltsführungskompetenzen, z. B. rund ums Einkaufen, Kochen und Ernährung. Viele Kinder, insbesondere in Gebieten mit besonderem sozialen Handlungsbedarf, ernähren sich daher zu fett- und zuckerreich, essen seltener frisches Obst und Gemüse und sind häufiger übergewichtig oder adipös, wie die Schuleingangsuntersuchungen zeigen. Aus diesem Grund zielen einige Ansätze, z. B. das Programm „Iss dich fit“ in Kindertagesstätten sowie Kurse der Familienbildungsstätten oder in Familienzentren auf die Kompetenzstärkung (Kochen, Ernährungswissen) im Elternhaus (vgl. Kap. 4.4.: Eltern erreichen). Hierüber werden – wie bei jeder freiwilligen Elternbildungsmaßnahme – am leichtesten diejenigen Eltern erreicht, die ohnehin schon für das Thema aufgeschlossen sind und solche Angebote in Anspruch nehmen. Neben punktuellen Bildungsangeboten sind daher sozialräumliche Zugänge über Schlüsselinstitutionen wesentlich.

Strategischer Zugang: Gesundheitsförderung erreicht Eltern und Familien punktuell bei Inanspruchnahme. Gesundheitsförderung erreicht Eltern der prioritären Zielgruppen am ehesten über → Schlüsselinstitutionen (z. B. Elternbildung in Familienzentren) oder in → Schlüsselräumen (z. B. „Gesund in Stöcken“) sowie ganz allgemein über → Schlüsselpersonen, die auf diese Angebote aufmerksam machen.

Gesundheitsförderung in Kindertagesstätten und Schulen

In Hannover gibt es diverse Gesundheitsförderungsmaßnahmen, die auf den alltäglichen Lebensraum bezogen sind, d.h. dort, wo Kinder tagtäglich spielen, lernen oder essen. Programme wie „Iss dich fit“ oder „Gesunde Ernährung in Schulen“ zielen daher auf den Lebensraum „Kindertagesstätte und Schulen“ ab und erreichen dadurch punktuell die Kinder, deren Kindertagesstätten und Schulen an den Programmen mitwirken. Gesundheitsförderung ist mehr als „gesunde Ernährung und Bewegung“ und wird optimalerweise im Alltag der Kinder gelebt, jeden Tag, das ganze Jahr und nicht nur in Projektwochen. Die Programme sind umso nachhaltiger, je weniger befristeten Projektcharakter sie haben und je systematischer und dauerhafter sie im alltäglichen „Betriebsablauf“ integriert sind. In bundesweiten Studien zur Kindergesundheit wurden als Ressourcen von Kindern und Jugendlichen, die auch für die Gesundheit relevant sein können, u. a. die schulische Bildung oder die Einbindung in die Gleichaltrigen-Gruppe und das Selbstwertgefühl untersucht. Dabei zeigte sich, dass eine gute Ressourcenausstattung die Gesundheit verbessert (Bundesgesundheitsblatt 2007). Insofern sind alle Maßnahmen, die auf kulturelle oder Bildungsteilhabe zielen, zugleich gesundheitsfördernd. Gesundheitsförderung kann grundsätzlich von allen Menschen und in allen Institutionen angeschoben werden, hierbei sind der Fantasie und Kreativität der Initiatoren keine Grenzen gesetzt.

Strategischer Zugang: Gesundheitsfördernde Maßnahmen in Kindertagesstätten und Schulen (→ Schlüsselinstitutionen) erreichen prioritäre Zielgruppen deshalb, weil sie *alle* Kinder und Jugendlichen der teilnehmenden Institution zu erreichen versuchen.

Gesundheitsförderung im Schlüsselraum

Gesund in Stöcken

Die 2008 durchgeführte Befragung „Gesund in Stöcken“ zeigt, dass insbesondere Müttern und allein Erziehenden gesundheitsbezogene und bezahlbare Angebote in Stöcken fehlen bzw. bei Vorhandensein solche Angebote nicht wahrnehmen, gleichzeitig aber das Interesse an gesundheitsbezogenen Themen sehr groß ist (Landeshauptstadt und Region Hannover 2009). Im Rahmen eines Quartiersentwicklungskonzepts wurde das Thema „Gesundheit“ vom Quartiersmanagement in Stöcken als eines der vordringlichen Themen im Sanierungsgebiet identifiziert. In der Umsetzung bedeutet dies, dass das Dezernat Jugend und Soziales Projektmittel im Rahmen des Sanierungsprogramms Soziale Stadt in Stöcken prioritär zur Stärkung von Gesundheitsressourcen, niedrigschwelligen Gesundheitsangeboten und Empowerment-Strategien einsetzt.

Strategischer Zugang: Gesundheitliche Teilhabe bedeutet auch, die Chancen armer Kinder und Eltern auf gesundes Aufwachsen zu erhöhen. Insofern sind alle Ansätze, die sich auf Gesundheitsförderung im Sozialraum bzw. in Gebieten mit besonderem sozialen Handlungsbedarf (→ Schlüsselräume) konzentrieren, Schlüsselansätze der Armutsprävention.

Koordinationszentrum Kinderschutz

Familiale Einkommensarmut heißt nicht, dass Kinder vernachlässigt und misshandelt werden. Einen direkten Zusammenhang zwischen Armut und Kindeswohlgefährdung gibt es nicht. Allerdings sind schlechte Wohnverhältnisse, Arbeitslosigkeit, frühe Elternschaft, wirtschaftliche Notlagen, niedriger Bildungsstand oder Suchterkrankungen der Eltern und soziale Isolation der Familie Belastungsfaktoren, die unter bestimmten Umständen und im Zusammenwirken ein Risiko darstellen können (Berufsverband der Ärzte für Kinderheilkunde und Jugendmedizin Deutschlands e.V. 1998). Unter dem Stichwort „*Koordinationszentrum Kinderschutz*“ haben Region und Landeshauptstadt Hannover Kooperationsvereinbarungen zum Kinderschutz mit dem Gesundheitswesen geschlossen. Die Verträge regeln verbindlich die Vorgehensweise bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung. An der Kooperation mit dem Jugendamt der Region beteiligt sind u. a. die Sozialmedizin/Behindertenberatung, die Sozialpädiatrie/Jugendmedizin sowie der Allgemeine bzw. Kommunale Sozialdienst, niedergelassene Kinderärztinnen und -ärzte und das Kinderkrankenhaus auf der Bult.

Strategischer Zugang: Das Koordinationszentrum Kinderschutz steht exemplarisch für die praktische Umsetzung präventiver und letztlich gesundheitsförderlicher Maßnahmen. Das strategische Prinzip ist das der Vernetzung, insbesondere durch Nutzung bereits bestehender Strukturen, wie das System der Kinder- und Jugendhilfe.

Aktuelle Entwicklungen und Anregungen, die geprüft werden:

Teilnahme an Kindervorsorgeuntersuchungen erhöhen

Damit Kinder in größerem Maß als bisher an Gesundheitsuntersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten teilnehmen, sieht das neue Gesetz des Landes Niedersachsen zur „Förderung der Gesundheit und Verbesserung des Schutzes von Kindern“ vor, dass ab April 2010 Eltern und ihre Kinder, die das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, verbindlich zu Kindervorsorgeuntersuchungen eingeladen werden. Meldedaten und Rückmeldungen über durchgeführte Untersuchungen werden kontinuierlich abgeglichen, Eltern von nicht untersuchten Kindern erhalten eine Erinnerung. Geht trotz Einladung und Erinnerung keine Rückmeldung ein, werden die Daten der betreffenden Kinder den örtlichen Trägern der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe mitgeteilt. Diese sind dann berechtigt, die Daten für ihre Aufgaben nach dem Achten Buch des Sozialgesetzbuchs zu verarbeiten (www.familien-mit-zukunft.de).

Interkulturelle Öffnung des Gesundheitswesens

Der Kinder- und Jugendgesundheitsurvey weist darauf hin, dass Kinder mit Migrationshintergrund im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen deutlich häufiger Rückstellungsempfehlungen erhalten als Kinder ohne Migrationshintergrund und seltener gesetzliche Früherkennungsuntersuchungen in Anspruch nehmen. Um systematischer alle Kinder mit Vorsorgeuntersuchungen und Impfangeboten zu erreichen, sind weitere kreative Zugänge gefragt. Das Land Niedersachsen fördert daher eine Reihe von Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung des Gesundheitswesens (MI 2008). Beispielsweise zeigen Erfahrungen des Gesundheitsamts Essen, dass Impfquoten und Teilnahmequoten an Vorsorgeuntersuchungen in die Höhe schnellten, nachdem eine Ärztin gemeinsam mit muttersprachlichen Dolmetschern Müttergruppen in Moscheen besucht hat, um Zugang speziell zu diesem Kulturkreis zu bekommen (Freyrik 2008).

Netzwerke pflegen und ausweiten

Funktionierende Netzwerke mit Frühwarnfunktion, wie zum Beispiel das Koordinationszentrum Kinderschutz, sind ein bewährter Schlüsselansatz zur Prävention von Kindeswohlgefährdung. Die Ausweitung hannoverscher (Frühwarn-)Netzwerke auch auf weitere Themen wie Gesundheitsförderung zu Netzwerken „Früher Hilfen“ könnte ein Baustein des Hannoverschen Wegs sein. Zu überlegen ist auch, ob und wie sich weitere Akteurinnen und Akteure wie Hebammen, Logopädinnen und Logopäden oder Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten sinnvoll miteinander vernetzen können. Auch die Einbeziehung weiterer Schlüsselinstitutionen wie Kindergärten, Moscheen oder Schulen mit dem Ziel „Reduktion gesundheitlicher Ungleichheit“ soll geprüft werden.

4.4. Eltern erreichen

Erziehung stellt Eltern heute vor eine besondere Herausforderung. Um Kindern die besten Umstände für ihre Entwicklung zu bieten, brauchen Eltern deshalb oft selbst Unterstützung bei der Ausbildung von Erziehungskompetenzen.

Finanzielle und materielle Armut sind nicht gleichzusetzen mit dem Unvermögen ein Kind zu erziehen, doch ergeben sich aus prekären Lebensumständen oft Konstellationen, die es Eltern erschweren, ihrem Kind zur Seite zu stehen. Hierzu zählen soziale Isolation, geringer Bildungsgrad der Eltern oder Trennung- und Beziehungsproblematiken. Eltern in materieller Armut nehmen seltener unterstützende Angebote, wie Eltern-Kind-Gruppen, Familienbildungsangebote oder Beratung in Anspruch. Hemmnisse sind im Wesentlichen, dass Eltern nicht wissen, welche Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten es gibt oder es sind Kursgebühren, die nicht bezahlt werden können. Oft ist es aber der Schritt, sich aktiv zu einem Angebot hinbewegen zu müssen, der nicht geleistet werden kann. Hannover verfügt über ein breit gefächertes Angebot, das darauf abzielt, Eltern zu unterstützen und zu stärken und leistet damit einen Beitrag zur Armutsmilderung und zur Erhöhung von Teilhabechancen. Dazu zählen:

Familienhebammen

Sozial benachteiligten schwangeren Frauen und Müttern wird durch Familienhebammen Unterstützung in gesundheitlicher und psychosozialer Hinsicht angeboten. Dies erfolgt, im Sinne der Prävention, um frühzeitig den Problemen drohender körperlicher und emotionaler Kindesvernachlässigung entgegenzuarbeiten. Der Einsatz von Familienhebammen erfolgt bis zu einem Jahr nach der Geburt des Kindes.

In Hannover sind zurzeit sieben Familienhebammen im Rahmen des Projektes „Eine Chance für Kinder“ in Familien tätig, wo große Probleme bestehen oder drohen. Damit werden diejenigen erreicht, die eine Regelhebamme freiwillig nicht in Anspruch nehmen würden, vor allem, weil sie in der Tätigkeit der Hebammen eine Kontrolle in ihrem ureigensten privaten Bereich sehen. Häufig trifft dies auf Frauen mit Migrationshintergrund zu. In zwei Stadtteilen soll erprobt werden, ob es positive Effekte hat, wenn Familienhebammen sozialräumlich bezogen eingesetzt werden. Vorteile könnten sich ergeben, weil die Hebamme bessere Kenntnis vor Ort hätte und Frauen die Hebammentätigkeit einer bestimmten Person zuordnen könnten.

Strategischer Zugang: Familienhebammen erreichen prioritäre Zielgruppen der Armutsdefinition in spezifischer Problemlage. Sie haben das Potential im Laufe der Begleitung → Schlüsselpersonen für die Frauen und Mütter zu werden. Mit der Stadtteilverortung wird der Ansatz um den sozialräumlichen Zugang (→ Schlüsselraum) erweitert.

Aufsuchende Elternarbeit

Eltern von Neugeborenen werden - sofern sie dem Besuchsangebot zustimmen - zuhause über Beratungs- und Bildungsangebote, Betreuungsmöglichkeiten, Gesundheitsvorsorge und frühkindliche Förderung informiert und sie erhalten Unterstützung im Umgang mit Behörden und Anträgen. Dies verfolgt das Ziel, die Erziehung in der Familie zu fördern, Transparenz über die Angebotslandschaft zu schaffen und Zugänge zu erleichtern. Die Hausbesuche werden von pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Familienbildungsstätten durchgeführt. Sie überreichen Begrüßungspakete mit einem Geschenk, Informationsmaterial und einen Bildungsgutschein. Das Projekt wird seit Frühjahr 2010 im Rahmen eines Modellprojektes in zunächst drei Pilotstadtbezirken durchgeführt.

Strategischer Zugang: Aufsuchende Elternarbeit erreicht Eltern, die einem Besuch durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Familienbildungsstätten zustimmen. Erreicht werden sollen möglichst viele

junge Eltern. Inwieweit Familien in prekären Lebenslagen damit angesprochen werden können, wird die Evaluation des Projektes zeigen.

Elternbildung

In Hannover gibt es in unterschiedlicher Trägerschaft ein breites Angebot der Elternbildung in Form von Kursen, Veranstaltungen, in Institutionen und durch Beratung. Es kann aber beobachtet werden, dass die Vielfalt der Angebote nicht für alle Eltern überschaubar ist und bestimmte Zielgruppen, wie Familien mit Kindern unter drei Jahren, Väter, allein Erziehende und Familien mit Migrationshintergrund noch besser erreicht werden könnten.

Um die Wirksamkeit von Elternbildungsangeboten zu sichern, ist ein Prozess initiiert worden, der zunächst in vier Stadtteilen eine Übersicht und Analyse der Angebote schafft und eine Bedarfsermittlung beinhaltet. Es werden Handlungsfelder erarbeitet und Netzwerke etabliert. Ziel ist die sozialräumlich ausgerichtete Entwicklung und Umsetzung von kultursensiblen, zugehenden und niedrigschwelligen Angeboten zur Stärkung der elterlichen Erziehungs- und Bildungskompetenz. Besonderes Augenmerk erhalten dabei die oben genannten Zielgruppen. Der Prozess soll evaluiert werden, daran anschließend kann eine Übertragung des Prozesses auf alle Stadtteile erfolgen.

Strategischer Zugang: Elternbildung spricht alle Eltern an, erreicht diese aber nur punktuell. Durch die angestrebte sozialräumliche Ausrichtung (→ Schlüsselraum) und die Transparenz der Angebote, sollen prioritäre Zielgruppen besseren Zugang finden. Es wird gleichzeitig erhofft, dass Bildungsgutscheine aus dem Begrüßungspaket helfen, die Zielgruppe zu erreichen.

Eltern als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Sprachförderung

Sprachförderprogramme wie „**Rucksack I**“, „**Griffbereit**“ und „**Hippy**“ sind Schlüsselmaßnahmen und verfolgen das Ziel, Kinder im Vorschulalter in ihrer Entwicklung insgesamt und speziell sprachlich zu fördern. Hierzu werden Mütter mit Migrationshintergrund zumeist durch Kindertagesstätten motiviert, mehr Verantwortung für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu übernehmen und erhalten dazu entsprechende Qualifikationen. Dies führt zu einer Stärkung des Selbstwertgefühls der Mütter und zu einem Engagement für sich und ihre Kinder. In Hannover wurden rund 120 Elternbegleiterinnen im Programm Rucksack I und weitere 30 Elternbegleiterinnen im Programm „Griffbereit“ ausgebildet. Diese leiten Müttergruppen an und erreichen so vor Ort rund 500 Mütter und Väter von Vorschulkindern.

Das Programm zur koordinierten Sprachförderung und Elternbildung - **Rucksack II** schließt im Primarbereich an Rucksack I an. Partner sind die Grundschulen, an deren Lehrstoff sich die Sprachfördermaterialien orientieren. Das Programm verbindet schulische Sprachförderung mit einem interkulturellen Konzept der Elternbildung und fördert die Zusammenarbeit mit Eltern. Es sollen bildungsferne Schichten erreicht werden. Im Rucksack II-Programm sind 17 Mütter als Elternbegleiterinnen im Einsatz. Ziel des zunächst auf zwei Jahre angelegten Projekts der **Stadtteilmütter** – es sind stadtweit derzeit sechs – ist es, die bestehende Arbeit mit den „Rucksackmüttern“ zu verstetigen und aufzuwerten, indem qualifizierte Mütter in ein Beschäftigungsverhältnis (Mini Job) übernommen werden.

Strategischer Zugang: Über Elternbegleiterinnen werden Eltern mit Migrationshintergrund, deren Kinder eine Kerngruppe der Armutsbevölkerung darstellen, gezielt über ihren jeweiligen Sozialraum angesprochen. Über die Anbindung der Projekte an die Kindertagesstätten und Schulen (→ Schlüsselinstitutionen) und die persönliche Beziehung dorthin, werden Zugänge erleichtert. Migranten sind für Migranten → Schlüsselpersonen auf Augenhöhe.

Interkulturelle Bildungslotsinnen und -lotsen

Das Projekt „Bildungslotsen“ hat das Ziel, die Chancengleichheit und den Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zu steigern. Durch die Qualifizierung von Eltern, die selbst einen Migrationshintergrund haben, sollen Elterngruppen erreicht werden, die aufgrund sprachlicher Barrieren keinen Kontakt zu deutschen Bildungseinrichtungen haben oder denen der Einblick in das deutsche Schulsystem und die hiesige Lernkultur fehlt. Eltern sollen gestärkt werden, den Bildungsweg ihrer Kinder aktiv zu verfolgen und zu unterstützen. Seit 2007 wurden in Hannover 42 Bildungslotsinnen und -lotsen ausgebildet, die an Schulen zum Einsatz kommen.

Strategischer Zugang: Bildungslotsinnen und -lotsen wenden sich an Eltern mit Migrationshintergrund, deren Kinder eine Kerngruppe der Armutsbevölkerung darstellen. Sie werden über die → Schlüsselinstitution Schule angesprochen, die ihre Kinder verpflichtend besuchen. Positiv, weil Hemmschwellen reduziert werden, wirkt, dass Migranten für und mit Migranten (→ Schlüsselpersonen) tätig sind.

Anregungen, die geprüft werden:

Regelhebammen

Erfahrungsgemäß nehmen nur rund 50 % aller Frauen während der Schwangerschaft und rund um die Geburt Leistungen von niedergelassenen Hebammen in Anspruch (DV 2009). Bildungserferne Frauen, vor allem Migrantinnen werden selten erreicht, weil sie Hebammen eher als Kontrolle oder Kränkung empfinden. Gerade vor und nach der Geburt können aber Grundlagen für das Wohl der Frauen und Kinder gelegt werden. Frauen sollten wissen, was Hebammen bieten, dass sie Anspruch auf diese Leistungen haben, die von den Krankenkassen bezahlt werden. Dazu müssten z. B. Frauenärztinnen und -ärzte und Migrantinnenorganisationen als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewonnen werden.

Hebammen-Kontakt zu Schulen

Je früher sich Kinder mit Fragen des Elternwerdens und -sein auseinandersetzen, desto intuitiver gehen sie in späteren Jahren damit um. Die spielerisch-lernende Auseinandersetzung mit Geburt, Stillen, Sorgen für ein Kind erzeugt Kompetenzen. Die Themen können in Zusammenarbeit mit Hebammen in den (Grund)Schulen platziert werden.

Alltagskompetenzen

Institutionen, die Kontakt zu Eltern haben, erleben immer häufiger, dass einfache Alltagskompetenzen verloren gehen. Wirtschaften mit dem vorhandenen Einkommen, Haushaltsführung, Kochen, u.ä. stellt viele vor Probleme. (Werdende) Eltern müssen Orte finden, an denen sie diese Fertigkeit trainieren können und in den Schulen müssen diese Themen rechtzeitig platziert werden. Eine Konzentration auf Gebiete mit besonderem sozialen Handlungsbedarf hilft, die Zielgruppe zu erreichen.

Elternbildung in den Schulen

Während in Kindertagesstätten - vor allem in Familienzentren - Eltern in engem Austausch mit den Fachkräften zur kindlichen Entwicklung stehen und hierzu Unterstützung und Wissen angeboten werden, reduziert sich Elternarbeit in Schulen vielfach auf die Vertretung von Elterninteressen in den Gremien. Mit Schuleintritt vollziehen sich große Entwicklungsschritte und neue Anforderungen an Eltern und Kinder. Dieses erfordert ein Angebot an die Eltern, um Wissen und Kompetenzen zu vermitteln, mit denen sie ihre Kinder schulisch unterstützen können.

4.5. Kinder früh fördern

4.5.1 Schlüsselinstitution Kindertagesstätte

Institutionelle Betreuung in Kindertagesstätten

Kindertagesstätten sind der erste institutionelle Bildungsort für Kinder. Hier werden Kinder ganzheitlich in ihrer Entwicklung und im sozialen Lernen gefördert. Es zeigt sich, dass Kinder, die in Kindertagesstätten betreut wurden, verbesserte Grundlagen für die Schule mitbringen. Dabei wirkt sich eine frühe Aufnahme in die Kindertagesstätte positiv aus. Gleiches gilt für eine umfängliche tägliche Betreuungsdauer (in Hannover werden acht von zehn Kindern in Kindertagesstätten ganztags oder dreiviertel betreut). Die Betreuung in Kindertagesstätten stellt gerade für Kinder in Armutslagen eine Verbesserung der Teilhabe dar und ermöglicht Eltern die bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, mit dem Ziel wirtschaftlich unabhängig zu werden.

Rund 2.300 Kinder unter drei Jahren besuchen in Hannover zurzeit eine Krippeneinrichtung. Hierunter lebt gut jedes zehnte Kind mit einem allein erziehenden Elternteil zusammen und gut ein Viertel der Kinder haben einen Migrationshintergrund (Kita-Ist 2009). Damit sind diese von Kinderarmut am stärksten betroffenen Gruppen in den Kindertagesstätten unterrepräsentiert.

Für Kleinkinder unter 3 Jahren ist das Betreuungsangebot in Hannover rein quantitativ (noch) unzureichend, auch wenn die Betreuungsquote sowohl niedersachsenweit, als auch im Großstadtvergleich überdurchschnittlich ist. Bis 2013 wird Hannover für 40 % aller unter 3-Jährigen eine Betreuungsmöglichkeit anbieten, darüber werden aber nicht automatisch die prioritären Zielgruppen erreicht, sondern zunächst einmal diejenigen Kleinkinder, deren Eltern eine Krippenbetreuung bzw. Tagespflegebetreuung nachfragen. Hierbei handelt es sich erfahrungsgemäß seltener um Eltern prioritärer Zielgruppen, sondern überwiegend um Eltern mit einem Erwerbsarbeitsplatz.

Nahezu alle Vorschulkinder (3 bis 5 Jahre) besuchen in Hannover einen Kindergarten, was verdeutlicht, dass Kindergärten eine etablierte Bildungsinstanz darstellen. Obwohl im Kindergartenalter die Betreuungsmöglichkeiten flächendeckend vorhanden sind, gibt es eine Minderheit von Eltern in Hannover, die die Betreuungsangebote für ihre Kinder entweder gar nicht oder nur für kurze Zeit nutzen. Nach Altersjahren betrachtet, nahmen im Jahr 2009 rund 85 % der 3-Jährigen, 96 % der 4-Jährigen und 98 % der 5-Jährigen das Bildungsangebot „Kindergarten“ in Anspruch (Kita-Ist 2009: 3). Das bedeutet im Umkehrschluss, dass 15 % der 3-Jährigen, 4 % der 4-Jährigen und 2 % der 5-Jährigen von der Schlüsselinstitution „Kindergarten“ nicht erreicht werden. Unklar ist, welche Kinder das betrifft und ob oder in welcher Anzahl hierunter Kinder in Armut sind. Es ist jedoch davon auszugehen, dass

- es eine unbestimmte Anzahl von Kindern in Armut gibt, die bis zu ihrer Einschulung im Alter von 6 Jahren keine oder nur kurze institutionelle Betreuung erfahren und
- Kinder in Armut umso seltener über institutionelle Betreuung erreicht werden, je jünger sie sind.

Im Unterschied zu den Kleinkindern kann man aber bei den 3 bis 5-Jährigen mit Sicherheit davon ausgehen, dass Migrantenkinder und Kinder allein Erziehender in Kindergärten ausreichend repräsentiert sind. 45 % der institutionell betreuten 3 bis 5-Jährigen haben einen Migrationshintergrund, das entspricht nahezu exakt ihrem Bevölkerungsanteil (2008: 43 %). Leicht unterproportional erreicht werden demnach 3 bis 5-Jährige ohne Migrationshintergrund. Kinder allein Erziehender sind nahezu entsprechend ihres Bevölkerungsanteils repräsentiert.

Familienzentren

Familienzentren sind Kindertagesstätten, die konzeptionell um die Bereiche Elternbildung und -beratung erweitert wurden und Ansätze frühkindlicher Bildung integrieren. Zum Konzept gehört die Einführung des „early-excellence-Gedanken“ in die pädagogische Arbeit. Familienzentren sind auf ihren jeweiligen Sozialraum ausgerichtet und sind interdisziplinär mit den Einrichtungen, Diensten Institutionen vernetzt. In Hannover wurden bisher 19 Kindertagesstätten trägerübergreifend zu Familienzentren weiterentwickelt. Alle Familienzentren befinden sich in sozial prekären Sozialräumen. Für die Realisierung der Konzepte erhalten die Einrichtungen zusätzliche Personalmittel für eine halbe Koordinierungsstelle sowie Sachmittel für Vernetzung und Elternbildung.

Zielstellung der hannoverschen Familienzentren ist es, die Bildung, Entwicklung und Erziehung von Kindern von Anfang an zu fördern und dabei Erziehungspartnerschaften zwischen Kindern, Eltern und Erzieherinnen und Erziehern aufzubauen. Dabei werden Eltern in ihren persönlichen, erzieherischen und beruflichen Kompetenzen bedarfsgerecht unterstützt. Weitere Ziele beziehen sich auf gesundheitspolitische Aspekte und Netzwerkaspekte.

Erste Erkenntnisse über die Wirksamkeit von Familienzentren zeigen, dass sie einen wesentlichen Beitrag zur Armutsabmilderung und Teilhabeförderung von Kindern und Eltern leisten. Hierbei erreichen sie einerseits Familien, deren Kinder in den Einrichtungen betreut werden und darüber hinaus auch Familien, die im Einzugsgebiet des Familienzentrums wohnen.

Strategischer Zugang: In den → Schlüsselinstitutionen Familienzentren gelingt es, prioritäre Zielgruppen der Armutsbekämpfung vor Ort zu unterschiedlichen Themenbereichen zu erreichen. Dies funktioniert vor allem, weil Erzieherinnen und Erzieher und Koordinatoren die Rolle von → Schlüsselpersonen übernehmen. Eltern aus dem Stadtteil wird der Zugang, durch die sozialräumliche Ausrichtung (→ Schlüsselraum) erleichtert.

Sprachförderkindertagesstätten und Erschwerniskindertagesstätten

Um den differenzierten Problemlagen von Kindern und Eltern gezielt begegnen zu können, wurden Konzepte entwickelt, die darauf abzielen, diese ganzheitlich und wohnortnah zu bearbeiten:

In 181 von 361 Kindertagesstätten wird in Hannover Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund und für Kinder mit Sprachschwierigkeiten durchgeführt. In diesem Konzept ergänzen sich die systematische Sprachförderung der Kinder, die Einbindung der Eltern sowie sozialräumliche Projekte. Ziel ist es, neben der Sprachförderung auch die soziale Integration und gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Im Jahr 2008 haben rund 3.500 Kinder an der Sprachförderung in Kindertagesstätten teilgenommen, 15 % davon hatten keinen Migrationshintergrund. Kindertagesstätten mit einer problematischen Sozialstruktur erhalten in Hannover zusätzliche Finanzmittel. Damit kann ein erweitertes Essensangebot sowie pädagogische Aktivitäten (Schwimmbadbesuch etc.) und zum Beispiel musikalische Frühförderung finanziert werden. Diese Mittel werden zurzeit in 82 Einrichtungen, in denen rund 5.000 Kinder betreut werden, eingesetzt.

Strategischer Zugang: Sprachförderung und zusätzliche teilhabefördernde Angebote werden an für Kinder und Eltern bekannten Orten durchgeführt, ohne dass vorherige Zugangsbarrieren zu überwinden sind. Die Angebote der Sprachförderung sind Alltagsbestandteil in den Einrichtungen (→ Schlüsselinstitution) und nicht reduziert auf „Unterrichtsstunden“. Erschwerniskindertagesstätten sind dort zu finden, wo sich Kinder in prekären Lebenslagen sozialräumlich konzentrieren.

Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule

Der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule stellt eine anspruchsvolle Phase dar. Um dabei laufbahnschädliche Brüche und Verunsicherungen zu vermeiden, wurden „Leitlinien zum Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule“ erarbeitet. Hiermit wird das Ziel verfolgt, dass alle Beteiligten verantwortlich an einem gelungenen Übergang mitwirken. Inhalte können dabei sein: Gegenseitige Besuche, Lesepatenschaften, Projekte, gemeinsame Fortbildungen von Erziehenden und Lehrenden, u.a.. Eingebettet ist dieses Modell in das Förderprogramm des Landes „Familie mit Zukunft“ mit dem Baustein „Brückenjahr“. Zurzeit werden in Hannover 10 Modellprojekte durchgeführt.

Strategischer Zugang: Mit dem Projekt „Brückenjahr“ werden Kinder in Armutslagen erreicht, wenn sie eine Kindertagesstätte (→ Schlüsselinstitution) besuchen, die am Projekt teilnimmt. Es ist bekannt, dass vor allem Kindertagesstätten mit einer prekären Sozialstruktur an einer Projektteilnahme interessiert sind.

Anregungen, die geprüft werden:

Betreuungshemmnisse von Migrantenern abbauen

Prioritäre Zielgruppen sollen mindestens entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil, besser noch „vorrangig“ erreicht werden. Bezogen auf die Krippenbetreuung heißt das, dass sich der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund künftig deutlich erhöhen müsste. Es stellt sich die Frage, ob und wie dies strategisch erreicht werden könnte. Die Motive der Familien mit Migrationshintergrund, die sich gegen eine institutionelle Kinderbetreuung entscheiden, sind nicht immer bekannt. Beweggründe können von Fall zu Fall variieren und hängen sehr vom jeweiligen kulturellen Hintergrund ab. Verallgemeinernde Hypothesen dazu sind:

- Geringere Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Migrationshintergrund,
- aktueller Mangel an Krippenplätzen: Migrantenern scheuen - wenn nicht in Zusammenhang mit Erwerbstätigkeit - den „Kampf“ um einen Platz,
- Kinderbetreuung kann aufgrund der Familienstrukturen häufiger informell organisiert werden,
- Migrantenern schicken ihre Kinder zur Vorbereitung auf die Schule in die Kindertagesstätten; dieser Bedarf wird bei Kindern unter 3 Jahren seltener gesehen,
- Rund 41 % der institutionellen Plätze U 3 sind in Elterninitiativen. Migrantenern wissen weniger über selbst organisierte Betreuungsformen oder sind seltener zur Mitarbeit bereit,
- Eltern mit Migrationshintergrund befürchten, dass die Erstsprache nicht ausreichend erlernt oder verlernt werden könnte,
- Migrantinnen und Migranten scheuen die Betreuungsphilosophie, das vorherrschende Elternmilieu oder fürchten hohe Betreuungskosten und/oder Diskriminierung.

Alternative Bildungs-, Erziehungs-, Begegnungs- und Betreuungsformen

Selbst wenn der Ausbau auf eine 40 %-Betreuungsquote für drei Jahrgänge erfolgt ist und alle prioritären Zielgruppen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil erreicht werden, wird der größere Teil der (armen) Kinder unter drei Jahren zuhause betreut werden. Es besteht die These – vor allem vor dem Hintergrund der möglichen Einführung eines Betreuungsgeldes – dass hierunter der Anteil von Kindern aus Armutsfamilien und Migrantenkindern hoch sein wird. Es ist zu überlegen, ob ergänzende Bildungs- und Betreuungsformen (nicht jeden Tag, nicht den ganzen Tag, etc.) einsetzen können, die frühkindliche und sprachliche Bildung von Kleinkindern fördern können. Auch wünschen sich viele Eltern – gerade auch Migrantinnen und Migranten – einen niedrighwelligen Ort der Begegnung. Alternative Bil-

dungs-, Erziehungs- und Betreuungsformen böten sich auch für den Fall an, dass das Betreuungsgeld – je nach Entscheidung der Bundesregierung – nicht als Bargeldleistung, sondern als Gutscheinelösung ausgezahlt wird. Sofern Gutscheinelösungen allen Familien und nicht nur Benachteiligten zugute kommen, könnten davon alle Kinder in Hannover profitieren, ganz besonders die Kinder in Armut.

Strategischer Zugang: Wichtigste früh ansetzende Zugangsmöglichkeiten einer Kommune sind und bleiben Angebote der Bildung, Betreuung und Erziehung. Krippen und Kindergärten spielen hierbei eine wichtige, strategische Rolle als → Schlüsselinstitutionen, Krippen, weil sie früh und Kindergärten, weil sie fläckendeckend ansetzen.

4.5.2 Schlüsselkompetenzen entwickeln

Frühkindliche Bildung und Erziehung zielt darauf ab, Kinder von Anfang an in ihrer Entwicklung zu fördern und damit die Grundlagen für eine erfolgreiche Bildungsbiographie zu schaffen. Hierzu braucht es geeignete Bildungsangebote, die für alle Kinder zugänglich sind. Auf diese Weise kann ein Beitrag zur Armutsprävention geleistet und die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen erhöht werden.

Frühkindliche Bildung in den Familien

Die Betreuung und Erziehung von Kindern findet überwiegend in den Familien statt, dies gilt insbesondere für Kinder unter drei Jahren. Eltern brauchen Anregungen, Informationen und Zugänge zu Angeboten, Einrichtungen und Treffmöglichkeiten, die frühkindliche Bildung in den Mittelpunkt stellen. Hierzu gibt es in Hannover unterschiedliche Anlaufstellen und Zugänge.

Treffmöglichkeiten vor Ort bieten die Möglichkeit informelle Netzwerke aufzubauen und sind Orte an denen Angebote der frühkindlichen Bildung platziert werden können. Vor allem an Standorten mit schwieriger Sozialstruktur haben sich **Nachbarschaftsinitiativen** und -treffs entwickelt (z. B. Roderbruch, Geveker Kamp, List Nord/Ost, Vahrenheide). Diese stellen einen niedrigschwelligen Zugang über den Sozialraum da, der notwendig ist, da bildungsferne Eltern weniger mobil sind und sich vor allem dort bewegen wo sie wohnen.

Eine formale Form der frühkindlichen Bildung, die wiederum berücksichtigt, dass Eltern in Armutslagen seltener Wege in Kauf nehmen, sind Angebote von **Familienbildungsstätten** und anderen Trägern, die vor Ort stattfinden. Mit Einführung der Bildungsgutscheine, die mit dem Begrüßungspaket überreicht werden, wird erhofft, dass finanzielle Probleme als Zugangshemmnis zu Familienbildungsangeboten reduziert werden.

In Hannover werden Eltern bereits mit ihren **Babys in die Stadtteilbibliotheken** eingeladen. Dort findet auch wöchentlich für Vorschulkinder das **Bilderbuchkino** statt. Diese Angebote wurden entwickelt, um Kinder schon sehr früh spielerisch an das Lesen, das als Schlüsselqualifikation verstanden wird, heranzuführen. Gleiches Ziel verfolgt die Aktion Lesestart zur Sprach- und Leseförderung von Kleinkindern. 20 hannoversche Kinderärzte verteilen bei der Vorsorgeuntersuchung U 6 im Rahmen der Aktion Lesestart ein **Lesestartset** und erreichen Eltern so früh und unabhängig von ihrem Bildungshintergrund. In Planung ist darüber hinaus ein Projekt bei dem Kinderärzte im Rahmen der Vorsorgeuntersuchungen über Zusammenhänge von Lesen und Sprachentwicklung informieren.

Strategischer Zugang: Mit Angeboten der frühkindlichen Bildung und Teilhabe in den Familien wird die Armutsbevölkerung nur punktuell erreicht. Angebote müssen vorhanden und bekannt sein und genutzt werden. Wo diese sozialräumlich (→ Schlüsselraum) ausgerichtet sind, gelingt dies besser. Ein fläch-

ger Ansatz, z. B. Leseförderung über Kinderärzte, die zudem meist auch als → Schlüsselpersonen begriffen werden, verspricht eine hohe Wirksamkeit.

Kulturelle Bildung im Elementarbereich

Mit dem Ziel der Stärkung der Schlüsselkompetenzen³ sowie insbesondere der kulturell-künstlerischen Ausdrucksmöglichkeiten bei Kindern und Jugendlichen wird in Hannover eine Vielzahl und Vielfalt an Projekten der kulturellen Bildung durchgeführt. Sowohl in Kooperation mit Schulen, als auch im außerschulischen Bereich, führen zentrale Kultureinrichtungen, Einrichtungen der Stadtteilkultur, freie Kulturinitiativen und Jugendeinrichtungen Projekte durch. Interaktive Ausstellungen für Kinder („Mäuse, Money und Moneten“ im Museum August Kestner), Musik- (Rap-Oper in Kooperation mit dem Staatstheater, Musik in ... mit dem MusikZentrum), Tanz- (MOTS, Moderner Tanz an Schulen mit Compagnie Fredeweß), Theater- (Theater-mobil mit Jugendzentren und Schauspielhaus, Theater an Grundschulen mit dem Theaterpädagogischen Zentrum) Literatur- (Lesementoring, Jugendliche fördern Kinder in der Lesekompetenz) und Medienprojekte (aktive Filmarbeit an Grundschulen mit dem Medienpädagogischen Zentrum) gehören beispielsweise dazu.

Hierdurch wird Kindern die Möglichkeit zur kulturellen Teilhabe eröffnet und es werden alternative Lern- und Ausdrucksformen angeboten, die Schülerinnen und Schüler im Unterricht nicht erfahren. Hauptschulen nehmen z. B. an dem seit 15 Jahren bestehenden Projekt „Hauptschule in Bewegung“ teil, in dem jährlich in verschiedenen Workshops (Tanz, Theater, Musik, Video und Bildende Kunst) unter Begleitung von Fachleuten Schülerinnen und Schüler ihre künstlerisch-kreativen Ausdrucksmöglichkeiten entwickeln und diese im Rahmen einer Bühnenpräsentation veröffentlichen.

Strategischer Zugang: Grundsätzlich werden alle Kinder durch das Angebot der kulturellen Bildung angesprochen. Durch eine Kooperation mit Kindertagesstätten (→ Schlüsselinstitutionen) gelingt es, auch Kinder zu erreichen, die einen besonderen Bedarf am Ausbau von Schlüsselkompetenzen haben und die über ihre Familien im Freizeitbereich weniger sowohl rezeptiv als auch aktiv mit Kunst und Kultur in Kontakt kämen.

³ Zur Definition vgl. Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen [Amtsblatt L 394 vom 30.12.2006].

4.6 Schlüsselinstitution Schule

Mit Eintritt in die Grundschule beginnt für alle Kinder der formale Bildungsweg. Kinder bringen die unterschiedlichsten Voraussetzungen für den Schulerfolg mit. Schule, Jugendhilfe, Kultur- und Bildungseinrichtungen sind darum bemüht, die ungleichen Bedingungen für Kinder abzumildern, dieses insbesondere in problematischen Sozialräumen. Zielstellung ist es, Bildungsarmut zu vermeiden, um Voraussetzung für eine transferleistungsunabhängige Lebensführung zu schaffen. Obwohl schulische Inhalte in der Verantwortung der Länder liegen, sieht die Stadt Hannover sich in einer entscheidenden Mitverantwortung bezüglich der Ausgestaltung von Bildung und damit der Armutsabwehr. Dies spiegelt sich z. B. in folgenden Handlungsansätzen wider:

Schule im Stadtteil

Unterricht und Betreuung an den 56 Grundschulen enden in Hannover in der Regel mittags. Als Reaktion auf den wachsenden Bedarf an Nachmittagsbetreuung hat die Stadt Hannover deshalb zur Heranführungen an die „Einrichtung von Ganztagschulen“ das Programm „Schule im Stadtteil“ entwickelt, an dem zurzeit 13 Grundschulen teilnehmen. Es verfolgt mit der Einrichtung von Nachmittagsangeboten den Leitgedanken, Potentiale des Stadtteils einzusetzen, um die Chancengleichheit der Kinder und ihre Lernbereitschaft zu fördern und Integration zu unterstützen. In das Programm aufgenommen wurden Schulen in Gebieten mit besonderem sozialen Handlungsbedarf. Mit dem Programm können Kinder am Nachmittag an Angeboten aus den Bereichen Sport, Kunst, Kultur teilnehmen und darüber hinaus Mittagessen und Hausaufgabenbetreuung erhalten. „Schule im Stadtteil“ ermöglicht Teilhabe, soziales Miteinander und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Strategischer Zugang: „Schule im Stadtteil“ wird in prekären Sozialräumen an einem für Kinder und Eltern bekannten Ort (→ Schlüsselinstitution) durchgeführt, so dass keine weiteren Zugangsbarrieren überwunden werden müssen, und ohne dass Kosten für das Angebot entstehen. Erreicht werden punktuell nur Kinder, die im Einzugsbereich der entsprechenden Schulen wohnen, die ein Angebot wählen und einen Platz im Angebot bekommen.

Offene Ganztagsgrundschulen

Die Einrichtung von offenen Ganztagsgrundschulen in Hannover ist die Weiterentwicklung des Ansatzes von „Schule im Stadtteil“. Die Ratsgremien beraten zurzeit über die Einrichtung von weiteren 16 Ganztagsgrundschulen. Es handelt sich dabei um sogenannte offene Ganztagschulen, die nach den landesgesetzlichen Vorgaben an mindestens drei Nachmittagen in der Woche ein Angebot vorhalten müssen und zu dem die Eltern ihre Kinder an einzelnen Tagen anmelden können. Die Stadt Hannover plant, die Schulen finanziell zu unterstützen, so dass Angebote an fünf Tagen in der Woche eingerichtet werden können. Bei Bedarf werden ein Frühdienst ab 7 Uhr und ein Spätdienst bis 17 Uhr sowie eine Ferienbetreuung organisiert. Standorte der Ganztagsgrundschulen werden nicht ausschließlich in sozial prekären Sozialräumen sein. Ziel ist es auch hierbei, die Chancengleichheit der Kinder und ihre Lernbereitschaft zu fördern und Integration zu unterstützen sowie einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familien und Beruf zu leisten.

Strategischer Zugang: Mit dem Konzept der offenen Ganztagschulen werden Kinder in prekären Lebenslagen punktuell erreicht, nämlich immer, wenn sie im Einzugsbereich der Schule (→ Schlüsselinstitution) wohnen und das Angebot nutzen. In Gebieten mit besonderem sozialen Handlungsbedarf (→ Schlüsselraum) steht der Chancenausgleich und die Teilhabeförderung besonders im Vordergrund, an anderen Orten verstärkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit ist ein Angebot bei dem sozialpädagogische Fachkräfte in Schulen tätig sind und mit Lehrkräften zusammenarbeiten, um junge Menschen in ihrer individuellen, sozialen, schulischen und beruflichen Entwicklung zu fördern. Schulsozialarbeit trägt dazu bei, Bildungsbenachteiligungen zu vermeiden und abzubauen, Erziehungsberechtigte und Lehrerinnen und Lehrer bei der Erziehung und dem erzieherischen Kinder- und Jugendschutz zu beraten und unterstützen. In Hannover besetzt das Land Niedersachsen an allen Hauptschulen und Integrierten Gesamtschulen jeweils eine halbe Sozialarbeiterstelle. Darüber hinaus finanzieren verschiedene Fachbereiche der Stadt Hannover Maßnahmen und Projekte der Schulsozialarbeit.

Die Vielzahl der Angebote und die unterschiedlichen Trägerschaften führen dazu, dass eine Übersicht über die Möglichkeiten und die Wirkung fehlen. Darauf reagiert die Stadt nun mit der Erarbeitung eines Managementkonzeptes, das den systematischen und auch sozialräumlichen Zugang zum Angebot der Schulsozialarbeit zum Ziel hat.

Strategischer Zugang: Schulsozialarbeit wirkt sehr punktuell, aber vor allem in Schulen (→ Schlüsselinstitution), in denen sich Kinder und Jugendliche in Armutslagen konzentrieren. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind oft Bezugspersonen und somit als → Schlüsselpersonen zu verstehen, dies gilt auch bei Hilfen in besonderen Problemlagen.

Hausaufgabenhilfe

In der Hausaufgabenhilfe können Kinder und Jugendliche in Kleingruppen Lerndefizite aufarbeiten und ihre Deutschkenntnisse verbessern. Damit erfüllt die Hausaufgabenhilfe eine familien- und schulergänzende Funktion. Die Stadt Hannover fördert an 32 Grundschulen Hausaufgabenhilfe, an der rund 1.000 Kinder teilnehmen.

Strategischer Zugang: Hausaufgabenhilfe findet in den Schulen (→ Schlüsselinstitution) – also ohne Zugangsbarriere statt und verpflichtet die Kinder zu Teilnahme. Erreicht werden zielgenau Kinder mit Lerndefiziten, in vielen Fällen Kinder in prekären Lagen.

4.7. Kinder und Jugendliche stärken

Kinder und Jugendliche bewegen sich außerhalb von Schule und Familie an einer Vielzahl von Orten. Diese dienen der Freizeitgestaltung, der außerschulischen Bildung, tragen zur Persönlichkeitsentwicklung, der Entwicklung von Lebensperspektiven und dem Erwerb von Schlüsselkompetenzen bei. Hierzu zählen:

Kinder- und Jugendarbeit

Kinder- und Jugendarbeit unterstützt mit Angeboten für freiwilliges, offenes und komplexes Lernen Kinder- und Jugendliche dabei, sich selbst zu bilden und die eigene Persönlichkeit zu gestalten. Im gesamten Stadtgebiet gibt es insgesamt 92 Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Hierzu zählen Jugendzentren, Kleine Jugendtreffs, Lückekinderprojekte und Spielparks, die sowohl von der Stadt Hannover als auch von Freien Trägern betrieben werden. Sie sind eine Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche zur Freizeitgestaltung, sind Orte non-formaler Bildung mit Treffpunktqualität.

Ein Ziel der Kinder- und Jugendarbeit ist es, junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern und dazu beizutragen, positive Lebensbedingungen für sie zu erhalten oder zu schaffen. Dazu werden insbesondere für Kinder und Jugendliche mit geringen ökonomischen, kulturellen und sozialen Ressourcen Maßnahmen zur Förderung der Kernkompetenzen und zur Stärkung des Selbstwertgefühls durchgeführt.

Jugendzentren, Kleine Jugendtreffs und Spielparks ermöglichen ihren Besucherinnen und Besuchern im Rahmen individueller Unterstützung und einer ausdifferenzierten Angebotsstruktur ein beteiligungsorientiertes Lernen.

Im Rahmen der **Neuorganisation der Kinder- und Jugendarbeit** in Hannover wird in diesem Jahr modellhaft in drei Stadtbezirken mit einem Prozess begonnen, der auf der Basis vor allem bildungsorientierter Zielvorstellungen sozialräumliche Bedarfe erhebt und in Stadteilkonzepten münden wird. Dabei werden trägerübergreifende Vernetzungsstrukturen entwickelt, die auch der Abstimmung von Angeboten dienen. Ziel ist auch die Schaffung einer Transparenz über die Angebote und Strukturen (Internet), die Zugänge erleichtern bzw. ermöglichen soll.

Strategischer Zugang: Kinder- und Jugendarbeit bietet ein in der Regel kostenfreies Bildungs- und Freizeitangebot und spricht damit vor allem einkommensarme Kinder an. Als Regelangebot ist die Kinder- und Jugendarbeit ein verlässlicher und fast täglicher Anlaufpunkt für Kinder, wo sie persönliche Beziehungen zu → Schlüsselpersonen aufbauen können. Mit der Stadtteilorientierung (→ Schlüsselraum) und den geplanten Vernetzungsstrukturen sollen Kinder und Jugendliche sozialräumlich zielgerichtet angesprochen werden. Die Transparenz der Angebote soll Zugänge erleichtern bzw. ermöglichen.

Kulturelle Bildung

Mit dem Ziel der Stärkung der Schlüsselkompetenzen bei Kindern und Jugendlichen werden in Hannover Projekte der kulturellen Bildung durchgeführt. Es handelt sich um Theater- und Musikprojekte, die in Kooperation zwischen Schule und Jugendeinrichtungen einerseits und z. B. dem Schauspiel andererseits stattfinden (Rap-Oper, Theater-mobil-Projekt, Tanzprojekte) sowie um Projekte zur Stärkung der Medienkompetenz, „Musik in...“, Mentorenprogramme und Ferien-Zirkusworkshops.

Hierdurch wird Kindern die Möglichkeit zur kulturellen Teilhabe eröffnet und es werden alternative Lern- und Ausdrucksformen angeboten, die Schülerinnen und Schüler im Unterricht nicht erfahren. Vor allem Hauptschulen nehmen an den Projekten der kulturellen Bildung teil.

Strategischer Zugang: Grundsätzlich richtet sich das Angebot der kulturellen Bildung an alle Schulen (→ Schlüsselinstitution). Erreicht werden Kinder in Armutslagen, wenn sie die teilnehmenden Schulen besuchen. Über die Hauptschulen wird die Zielgruppe gut erreicht.

Kinderzirkusprojekte

Kinderzirkusprojekte verstehen sich als kulturelle Kinder- und Jugendbildung. Dabei verbindet sich der kreativ-künstlerische Ausdruck mit einer Vielzahl pädagogischer Ziele. Zirkuspädagogik eröffnet Kindern Lernsituationen, bei denen sie spielerisch ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten, Kreativität, Ausdauer, soziales Lernen und Selbstorganisation erweitern können. Im „neuen Zirkus“ verschmelzen Bewegungskunst, Tanz, Musik und Theater und nirgendwo kommen so viele Sprachen, ethnische und kulturelle Milieus am gleichen Ort zusammen, wie im Zirkus.

Mit insgesamt 25 Kinderzirkussen in Hannover und dem CircO – Netzwerk für Zirkus in Hannover und Region sind Kinderzirkusse in Hannover ein bedeutendes Angebot. Im Haus der Jugend (Zirkus Salto), im Freizeithem Stöcken (Zirkus Fetzis), im Freizeithem Linden (Zirkus Glittersplitter-Facetti), im Stadtteiltreff Sahlkamp (Zirkus Sahlino) u.a.m. wurden kontinuierliche Kinderzirkusgruppen als dauerhafte Institution eingerichtet. Kinderzirkusse finden in Eigenverantwortung von Vereinen, Kirchengemeinden, in Schulen und in freien, verbandlichen oder kommunalen Einrichtungen als feste Gruppen, Arbeitsgemeinschaften oder zeitlich begrenzten Projekte oder als Ferienmaßnahme statt. Ein Großteil der Kinderzirkusse spricht Kinder in ihren Stadtteilen an; in sozial prekären Lebensräumen erreicht man auf diese Weise benachteiligte Kinder und Jugendliche, die sich durch diese andere Form von Bildung neue Formen des demokratischen Lernens und Selbstvertrauen erschließen können. Manche Kinderzirkusse sind generationsübergreifend organisiert, über die Beteiligung ganzer Familien werden in der Gemeinde oder im Stadtteil neue Formen des Zusammenhalts geschaffen.

Strategischer Zugang: Mit Kinderzirkussen werden Kinder und Jugendliche in prekären Lebenslagen vor allem gut erreicht, wenn diese in ihrem Sozialraum (→ Schlüsselraum) oder in Schulen (→ Schlüsselinstitution) angesiedelt sind. Gerade als Projekte im Klassenverband ist der Einstieg in diese alternative Bildungs- und Lernform eine Möglichkeit, Teilhabechancen zu erhöhen.

Hausaufgabenbetreuung

Eltern sind zeitlich, inhaltlich oder sprachlich häufig nicht in der Lage ihre Kinder bei den Hausaufgaben zu unterstützen. Oft fehlt die geeignete Umgebung, um ungestört Hausaufgaben machen zu können. Wenn Kinder zu Hause keine angemessene Unterstützung erfahren, erledigen sie ihre Hausaufgaben unter Umständen gar nicht. Unmittelbare Folgen sind schlechte Noten und mangelndes Selbstwertgefühl. Gerade in der Grundschule ist Hausaufgabenunterstützung erforderlich, um die schulischen Grundlagen zu festigen.

In der Hausaufgabenbetreuung erledigen Kinder ihre Hausaufgaben beaufsichtigt und haben einen Ansprechpartner bei Fragestellungen. Die Angebotslandschaft an Hausaufgabenbetreuung in Hannover ist kaum zu überblicken: Schulen, Horte, Vereine, Jugendhilfeeinrichtungen, Kirchengemeinden, etc. bieten Hausaufgabenbetreuung an. Diese kann täglich oder an einzelnen Tagen erfolgen, in festen oder in offenen Gruppen. Wie viele Kinder damit erreicht werden, ist nicht abzuschätzen. Der fehlende

Überblick erschwert es, Kinder, die eine Betreuung bräuchten, dahin zu vermitteln. Es besteht Bedarf an sozialräumlichen Konzepten, um Zugänge zu ermöglichen.

Strategischer Zugang: Mit der Hausaufgabenbetreuung (→ Schlüsselmaßnahme) erreicht man Kinder punktuell, wenn auch in erheblichem Umfang. Mit aufeinander abgestimmten Stadtteilkonzepten und einer Transparenz über bestehende Angebote könnte eine noch größere Wirksamkeit erreicht werden.

Leseförderung und -mentoring

Mit dem Ziel der Leseförderung nutzt die Stadtbibliothek Hannover den Schulstart, um alle Leseanfängerinnen und -anfänger über ihr Angebot zu informieren. Hierzu werden in den Schulen - gemeinsam mit einem Kinderbuch als Geschenk - Informationen über Öffnungszeiten und die kostenfreie Nutzung der Bibliothek überreicht. Der Besuch der ersten Klassen in Bibliotheken eröffnet Zugänge zu Büchern und anderen Medien. Problematisch wird dieser Zugang, wenn keine Bibliothek im Sozialraum vorhanden ist. Dies gilt beispielweise für alle Programmgebiete „Soziale Stadt“.

Um die Lesemotivation und die Lesekompetenz von Grundschülerinnen und -schülern zu fördern, werden Schülerinnen und Schüler weiterbildender Schulen als Lesementorinnen und -mentoren qualifiziert, die in Grundschulen mit Kindergruppen arbeiten. Jährlich beteiligen sich 150 Jugendliche am Programm, in den Grundschulen nehmen rund 300 Kinder aus jeweils fünf Schulen teil.

Der Verein Mentor e.V. ist eine Initiative von Freiwilligen zur Förderung der Lese- und Sprachkompetenz von Kindern und Jugendlichen. Schwerpunktmäßig richtet sich die Tätigkeit an Schülerinnen und Schüler der Grund- und Hauptschulen. Mentor hilft durch individuelle Einzelförderung Kindern, deren Lese-, Schreib- und Sprachkompetenz zu verbessern. Die Auswahl der Kinder wird dabei von Lehrkräften vorgenommen. In der Region Hannover sind rund 850 Ehrenamtliche im **Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements** im Verein Mentor tätig.

Strategischer Zugang: Der Zugang zu Bibliotheken, die Kinder kostenfrei nutzen können, erfolgt flächig und im Rahmen des Schulunterrichts (→ Schlüsselinstitution) sogar verbindlich. Bibliotheksmitarbeiterinnen und -mitarbeiter werden vielfach zu → Schlüsselpersonen für Kinder, die die Bibliotheken nutzen. Das Lesementoring erreicht Schülerinnen und Schüler punktuell, sofern sie entsprechende Schulen besuchen.

Ferienprojekte

Ferienangebote in der Stadt sollen insbesondere Kindern und Jugendlichen, deren Eltern sich einen Urlaub mit der ganzen Familie nicht leisten können, eine aktive Feriengestaltung ermöglichen.

Der **Jugend- Ferien-Service** bietet freizeitpädagogische Ferienmaßnahmen für Kinder und Jugendliche insbesondere aus sozial und finanziell schwächer gestellten Familien. Die Stadt betreibt dafür unter anderem drei eigene Ferieneinrichtungen. Darüber hinaus gibt es ein Ferienprogramm mit der „Europa Kinderhulp“ bei holländischen Familien, erlebnispädagogische Angebote, internationale Begegnungen und Fort- und Ausbildungsangebote im Rahmen der Jugendleitercard Juleica. Ziel dieser Angebote ist, neben der Gestaltung der Ferien, den Erwerb von Gruppen-, Schlüssel- und Sozialkompetenzen zu ermöglichen. Jährlich nehmen rund 1.200 Kinder und Jugendliche diese Ferienmaßnahmen in Anspruch.

Ein Hauptziel des Jugend Ferien-Service ist es, der Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen auf Grund finanzieller Benachteiligung entgegenzuwirken. In 2009 wurden 43 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Fördermittel, Beihilfen, Spenden oder Stiftungen gefördert.

Seit 2006 werden im Feriendorf Eisenberg „Günter Richta“ zusätzlich verstärkt Freizeiten zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund angeboten. In diesen Angeboten stehen die Vermittlung von Sprachkompetenz und integrative Aspekte im Mittelpunkt. Sie richten sich nicht nur an Kinder und Jugendliche, sondern auch an Familien oder Mütter mit Kindern. In 2008 wurden acht Freizeiten für 241 Personen durchgeführt.

Das Projekt **FerienCard** richtet sich an Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis 15 Jahren, die ihre Ferien in Hannover verbringen. Die FerienCard hat ein ausgeprägt soziales Profil: Schwerpunkte bilden der kostenlose Bädereintritt, niedragschwellige, stadtteilorientierte Aktivitäten ohne Anmeldung sowie Aktionen aus unterschiedlichen Bereichen, wie Sport, Musik, Tanz, Fahrten, Kochen, Besichtigungen, Zirkus, Computer, Kreatives, Natur und Tiere. In den letzten Jahren wurden durchschnittlich 7.000 Cards für 9 Euro verkauft.

Die Betreuung von Kindern stellt für berufstätige Eltern in den Ferien häufig ein Problem dar. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, fördert die Stadt ein Programm zur **wohnnahen Ferienbetreuung**, das von Jugendgruppen und -verbänden durchgeführt wird. Zu den Programmen gehören Bausteine wie Bewegung, Kultur oder das Vermitteln von sozialer Kompetenz. Durchgeführt wird die wohnortnahe **Ferienbetreuung** in Einrichtungen der Jugendarbeit oder deren Außengeländen sowie in Schulen. Im Jahr 2008 haben insgesamt 23 Maßnahmen stattgefunden und rund 600 Kinder teilgenommen.

Strategischer Zugang: Ferienprojekte (→ Schlüsselmaßnahme) richten sich direkt an Familien, die aus finanziellen Gründen keinen Urlaub machen können und leisten damit erstens einen Beitrag zum Nachteilsausgleich und zweitens erleichtert es Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere allein Erziehenden.

4.8. Jugendliche auf dem Weg ins Erwerbsleben begleiten

Ein Großteil der Kinder und Jugendlichen Hannovers durchläuft relativ problemlos das Schulsystem und erzielt einen Schulabschluss. Jede/r Fünfte bis Sechste verlässt die Schule mit einem Hauptschulabschluss, über ein Drittel mit einem Realschulabschluss und ein weiteres Drittel mit der (Fach)schulreife. Allerdings gehen auch Jahr für Jahr rund zehn Prozent ohne jeglichen Schulabschluss von der Schule, womit sie nur schwer einen Ausbildungsplatz finden und nur schwer Zugang zu befriedigenden Berufslaufbahnen finden. Pisa-Studien zufolge zählen rund ein Fünftel der 15-Jährigen zu den so genannten Risikoschülerinnen und -schülern, weil sie teilweise nur über ein Wissen auf Grundschulniveau verfügen. Im Rahmen einer Perspektiventwicklung für Kinder und Jugendliche in Armut zählen gerade auch diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu den prioritären Zielgruppen. Weitere Zielgruppen sind Jugendliche mit Migrationshintergrund, mit so genannten „multiplen“ Eingliederungshemmnissen, fehlender Lernmotivation oder geringer Sozialkompetenz sowie Jugendliche mit psychosozialen Problemen oder einer Sucht- und Schuldenproblematik, die mit den herkömmlichen Ansätzen der Agentur für Arbeit nicht (mehr) zu erreichen sind.

Eine Reihe hannoverscher Maßnahmen richtet sich an Schülerinnen und Schüler mit Schulschwierigkeiten und/oder solche, die auf der Suche nach beruflicher Orientierung sind und nicht wissen, was sie nach der Schule machen sollen. Darüber hinaus gibt es Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene, die das Schulsystem bereits verlassen, aber keinen Schulabschluss haben oder die sich im Übergangssystem befinden. Gerade im Übergangssystem befindet sich ein nicht unerheblicher Anteil von Jugendlichen; hier besteht oftmals die Problematik, dass diese von einer Maßnahme in die nächste wechseln und der Anschluss an den regulären Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sehr schwierig ist. Ziel ist es auch, den Teufelskreis von Bildungsarmut, potentiell geringen Erwerbschancen und Einkommensarmut zu durchbrechen, weil Jugendliche und junge Erwachsene die potentielle nächste Elterngeneration darstellen.

Ansätze an Schulen

Schülerberatung

Drei Schülerberatungsstellen an Hannoverschen Schulen bieten direkt sozialpädagogische Hilfen zur Förderung der schulischen und beruflichen Ausbildung, der Eingliederung in die Arbeitswelt und der sozialen Integration. Intensive und spezifisch zugeschnittene Maßnahmen wie das Auschwitzbegnungsprojekt erreichen hier junge Menschen mit sozialen Benachteiligungen oder individuellen Beeinträchtigungen, die in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind.

Ausbildungspatinnen und -paten

Im Rahmen des seit dem Jahr 2006 bestehenden Projekts werden jungen Menschen berufserfahrene Ausbildungspatinnen und -paten als motivierende und beratende Ansprechpersonen mit dem Ziel zur Seite gestellt, Hilfestellung bei der Ausbildungsplatzsuche zu geben. Im Idealfall reicht die „Eins-zu-Eins-Betreuung“ der ehrenamtlich tätigen Patinnen und Paten vom Ende der Schulzeit bis in die Bewerbungs- und Ausbildungsphase hinein. Das vom Freiwilligenzentrum Hannover e.V. initiierte Projekt wird ganz maßgeblich von der Rut- und Klaus-Bahlsen Stiftung unterstützt und konnte im Wesentlichen erst aufgrund des finanziellen Engagements der Stiftung realisiert werden. Die Teilnahme steht grundsätzlich allen Jugendlichen offen, primär erreicht werden sollen Schülerinnen und Schüler von Hauptschulen. Im Jahr 2009 wurden 228 Schülerinnen und Schüler von insgesamt 118 Patinnen und Paten betreut. Seit Projektstart konnten rund 100 Schülerinnen und Schüler in eine betriebliche Ausbildung vermittelt werden.

„Stadtteilorientierte Netzwerke“ an Hauptschulen

Ziel der „stadtteilorientierten Netzwerke“ an Hauptschulen ist es, in Ergänzung zum formalen schulischen Lernen insbesondere durch non-formale und informelle Lernformen die Qualifikationen der Schülerinnen und Schüler für eine berufliche Ausbildung zu verbessern sowie die Bereitschaft für lebenslanges Lernen zu fördern. Hierzu kooperiert die Stadt Hannover mit verschiedenen Bildungsträgern, deren Angebote auf Förderung von Schlüsselkompetenzen und Hilfen beim Übergang Schule-Arbeitswelt ausgerichtet sind (Info-Drucksache 2338/2007).

Strategischer Zugang: Ausbildungspatenschaften, Schülerberatung und die stadtteilorientierten Netzwerke stehen exemplarisch für Schlüsselansätze, die über die → Schlüsselinstitution (Haupt-)Schule punktuell Jugendliche in spezifischen Problemlagen bzw. in der Übergangsphase Schule-Ausbildung erreichen, beraten, qualifizieren oder unterstützen.

Begleitung, Qualifizierung und Ausbildung

Über Qualifizierungsangebote der **Jugendwerkstätten** werden jährlich über 1000 Jugendliche über einen Zeitraum von durchschnittlich 9 Monaten erreicht. Als Erfolg dieser Maßnahmen kann nicht allein der Wechsel in den 1. Arbeitsmarkt oder der Beginn einer Ausbildung gewertet werden, sondern auch eine Stabilisierung insoweit, dass weiter führende Qualifizierungen, betriebliche Langzeitpraktika oder Therapien in Angriff genommen werden oder Schulabschlüsse nachgeholt werden. Zusätzlich ermöglicht die Stadt Hannover Jugendlichen Ausbildungsplätze im Non-Profit-Sektor. Im Jahr 2008 nutzten dieses Angebot rund 60 Jugendliche. Sowohl das **Pro-Aktiv-Center**, als auch die **Kompetenzagentur** zielen auf Jugendliche zwischen 14 und 27 Jahren ab, die die vorhandenen Angebote nicht von allein aufgreifen oder keine Unterstützung durch das Elternhaus haben. Durch individuelles CaseManagement und Beratung werden auch hier jährlich rund 1.200 Jugendliche erreicht.

Strategischer Zugang: Mit diesem Maßnahmenbündel werden gering qualifizierte Jugendliche und junge Erwachsene, die die potentielle nächste Elterngeneration darstellen, schulisch und außerschulisch erreicht und punktuell in spezifischen Problemlagen individuell begleitet und qualifiziert.

Ausbildungsoffensive Stöcken

Einen sozialräumlichen Ansatz verfolgt die Ausbildungsoffensive Stöcken im Rahmen des ESF-Bundesprogramm „*BIWAQ* – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“. Die Ausbildungsoffensive setzt auf Verbesserung der Ausbildungsreife und der Motivation zur Aufnahme einer Ausbildung, hilft beim Übergang Schule/Ausbildung und akquiriert zusätzliche Ausbildungsplätze im Quartier, beispielsweise durch Kooperation mit der lokalen Ökonomie. Das Projekt richtet sich grundsätzlich an alle rund 1.000 Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 27 Jahren im Sanierungsgebiet, worüber systematisch auch prioritäre Zielgruppen erreicht werden, insbesondere durch die Zusammenarbeit mit dem Jugendzentrum, der Haupt-, Förder- und Realschule sowie dem Quartiersmanagement.

Strategischer Zugang: Der spezifische Zugang erfolgt über einen → Schlüsselraum der Jugendarmut sowie über → Schlüsselinstitutionen. Hierüber werden gering qualifizierte Jugendliche und junge Erwachsene, die die potentielle nächste Elterngeneration darstellen, erreicht.

Jugendsozialarbeit

Während Jugendarbeit (vgl. Kap. 4.7.: Kinder und Jugendliche stärken) in seiner Zielsetzung primär auf außerschulische Bildungs- und Freizeitarbeit ausgerichtet ist, setzt die Jugendsozialarbeit auf die Beseitigung von Jugendberufsnot durch Integration. In der **schülerbezogenen Jugendsozialarbeit** liegt der Schwerpunkt auf Berufsorientierung, Ausbildungsplatzsuche und Schulverweigerprojekten. Im Rahmen **sprachlicher Integrationsprogramme** werden über außerschulische Sprachkurse primär motivierte und ausbildungsfähige Jugendliche aus überwiegend einkommensschwachen Migrantenfamilien erreicht und gefördert. Die **sozialpädagogische Jugendwohnbegleitung** richtet sich als beratende Begleitung für sozial benachteiligte junge Menschen, die keinen erzieherischen Bedarf mehr haben.

Strategischer Zugang: Der spezifische Zugang der Jugendsozialarbeit erfolgt punktuell schulisch und außerschulisch und erreicht sozial oder sprachlich benachteiligte Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund in spezifischen Problemlagen.

Externe Förderprogramme

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Ansätzen im Rahmen externer Förderprogramme, an denen sich die Stadt Hannover beteiligt. Hierzu zählen Angebote, wie der **Berufsparcours** oder das **Ausbildungscoaching**, das von „Arbeiten, Lernen, Beraten mit und für Menschen“ (ALBuM) koordiniert wird. In der jährlich stattfindenden „**Langen Nacht der Berufe**“ haben Jugendliche und Eltern die Chance, eine Vielzahl von Berufen kennen zu lernen und dabei gleichzeitig Kontakte zu knüpfen. In der Zielsetzung geht es nicht nur darum, „irgendeinen“ Ausbildungsplatz zu finden, sondern den jeweils geeigneten. Mehr als jede fünfte Ausbildung wird abgebrochen, meist weil die Jugendlichen falsche oder unzureichende Vorstellungen von den beruflichen Anforderungen hatten.

Arbeitgeberverantwortung

Selbst hochmotivierte Jugendliche, denen es gelingt, Schulabschlüsse nachzuholen oder Praktika erfolgreich zu absolvieren, erhalten oft keine Chance auf dem Ausbildungs- oder Erwerbsarbeitsmarkt. Hier setzt die Verantwortung der öffentlichen und privaten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber an. Exemplarisch für eine Personalpolitik, die auch Jugendlichen mit bedingt ausgeprägter Ausbildungsreife eine Chance gibt, gilt das Projekt „Integration in den Beruf“ von Continental. Mithilfe dieses Projekts konnten seit 2003 rund 160 Jugendliche in die Berufswelt bzw. in eine Berufsausbildung integriert werden. Hierfür erhielt Continental im Jahr 2006 den „Deutschen Förderpreis Jugend in Arbeit“ des Landes Niedersachsen.

Anregungen, die geprüft werden:

Frühe Förderung hat Vorrang

Trotz Begleitung durch Ausbildungspaten, pädagogischer Betreuung und Beratung und Weiterqualifizierung brechen Jugendliche immer wieder Maßnahmen ab oder nehmen Angebote nicht wahr, so dass die Ausbildungssituation für Jugendliche trotz aller Bemühungen unterschiedlicher Akteure insgesamt unbefriedigend bleibt: Mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler finden in der Region Hannover im Anschluss an die neunte oder zehnte Klasse keinen Ausbildungsplatz. Auch begegnen viele Jugendliche dem Hilfesystem – z. B. aufgrund bisheriger Lebenserfahrung – mit tiefem Misstrauen und erwarten gar nicht, dass sie eine echte, auf sie zugeschnittene, individuelle Hilfe erfahren. Die Motivation, einen Hauptschulabschluss nachzuholen, obwohl perspektivisch klar ist, dass die Ausbildungs- und Berufsaussichten mit Hauptschulabschluss nur unwesentlich besser sind, ist bei vielen ebenfalls gering. Ein Teil der Hilfsangebote scheint also in seiner Wirkung dadurch zu „verpuffen“, dass Jugendliche sich nicht erreichen lassen wollen und sich dem Hilfesystem zu entziehen versuchen, weil sie sich keine Verbesserung ihrer Situation erwarten. Umso mehr zählen die, die sich tatsächlich (noch) erreichen lassen, weshalb Maßnahmen rund um Jugendberufshilfe wichtige Schlüsselansätze sind und bleiben. Die ernüchternde Bilanz der umfangreichen Bemühungen bei der Aktivierung von Jugendlichen unterstreicht einmal mehr, dass Förderung umso erfolgreicher ist, je früher sie einsetzt, weshalb die Ansätze „Je früher desto besser“ und „frühe Förderung“ strategisch an erster Stelle stehen (vgl. Kap. 4.5.: Kinder früh fördern).

4.9. Krisen bewältigen

Wenn „alle Stricke reißen“, brauchen Kinder, Jugendliche, Eltern oder die ganze Familie gemeinsam gezielte, individuelle Unterstützung. Folgende Ansätze stehen exemplarisch für klassische, kommunale Einzelfallhilfen, worüber nicht ausschließlich, aber auch Kinder, Jugendliche und Familien in Armut erreicht werden.

Kommunaler Sozialdienst und erzieherische Hilfen

Erzieherische Hilfen haben nicht nur die Funktion, in Krisen zu intervenieren oder akut gefährdete Kinder und Jugendliche zu schützen. Sie tragen auch maßgeblich dazu bei, defizitäre Entwicklungen und Lebenslagen in Familien auszugleichen, indem gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen, Müttern und Vätern vorhandene Ressourcen gestärkt und ausgebaut werden. Ergebnisse einer Sonderauswertung des Landesbetriebs für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen im Auftrag der Stadt Hannover zeigen deutlich, dass Erziehungsarmut und Einkommensarmut in vielen Fällen einhergehen. Rund 58 % der Minderjährigen in Hannover, die im Jahr 2007 Hilfen zur Erziehung erhielten, lebten zugleich von Transferleistungen (SGB II und/oder SGB XII). Bei den Ein- bis Dreijährigen waren es sogar fast 67 %. In den Fällen, in denen es eine Schnittmenge zwischen Einkommens- und Erziehungsarmut gibt, eröffnen individuelle Hilfepläne auch Teilhabechancen. Die sozialräumliche Ausrichtung des Kommunalen Sozialdienstes wurde in den letzten Jahren gestärkt, indem 13 dezentrale Dienststellen mit „Hilfe zur Erziehung – Teams“ eingerichtet wurden, um näher an den Lebenslagen der Kinder, Jugendlichen und Eltern zu sein.

Strategischer Zugang: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kommunalen Sozialdienstes und der Erziehungshilfeträger haben eine Schlüsselfunktion im Rahmen des Hannoverschen Wegs für Kinder in Armut. Erreicht werden prioritäre Zielgruppen in spezifischen Problemlagen punktuell in den Fällen, wo Erziehungshilfen von Familien in Einkommensarmut benötigt werden. Die sozialräumliche Ausrichtung befördert die Einbeziehung weiterer Ressourcen wie → Schlüsselpersonen und → Schlüsselinstitutionen im Quartier.

Jugend-, Familien- und Erziehungsberatung

Jugend-, Familien und Erziehungsberatung wird in 13 Beratungsstellen in kommunaler oder freier Trägerschaft in Hannover angeboten. Diese Angebote erreichen jährlich mehrere tausend Kinder, Jugendliche und Ihre Familien, die zu einem wesentlichen Teil Transferleistungen beziehen. Anlass für die Kontaktaufnahme sind individuelle, familiäre oder schul- oder ausbildungsbezogene Fragen.

Eine besonders hohe Nachfrage besteht bei niedrigschwelligen Beratungsangeboten wie Telefon- und Onlineberatung und bei Eltern-Trennungsberatung. Trennung oder Scheidung der Eltern können ein Auslöser für materielle Armut sein oder bereits belastete Lebenssituationen verschärfen. Ebenso ist die Inanspruchnahme von Leistungen aus dem Bereich Hilfen zur Erziehung häufig mit einer vorhergehenden Trennung oder Scheidung der Eltern verbunden. Insofern sind Familien- und Erziehungsberatungsstellen Institutionen, in denen punktuell Familien in spezifischen Problemlagen erreicht werden. Der Beratungsprozess selbst kann ein wichtiger Schlüsselprozess in Richtung Armutsprävention sein, wovon letztlich die Kinder profitieren.

Strategischer Zugang: Beratende der Familien- und Erziehungsberatung erreichen punktuell Jugendliche und Familien in prekären Lebenslagen. Beratenden kommt in dieser Funktion eine Rolle als → Schlüsselperson zu. Ein kostenfreies Beratungsangebot und die dezentrale Ausrichtung der Beratungsstellen erleichtern den Zugang zu den Zielgruppen.

Straßensozialarbeit

Einige Mädchen und Jungen brechen aus ganz unterschiedlichen Gründen, wie Schulschwierigkeiten, Drogenkonsum oder Gewalt im Elternhaus die Verbindung zu ihrer Herkunftsfamilie ab und suchen auf der Straße eine „Ersatzfamilie“. Straßensozialarbeit hat die Aufgabe, die derzeitige Lebenssituation der Jugendlichen – eingebunden in ein Netz von unterschiedlichen Hilfen wie „bed by night“ oder Street-Cafés – zu stabilisieren und tragfähige Zukunftsperspektiven zu erarbeiten (www.streetwork-hannover.de)

Strategischer Zugang: Straßensozialarbeit (→ Schlüsselpersonen) erreicht punktuell, anonym und unbürokratisch Jungen und Mädchen, die von anderen Angeboten kaum (mehr) erreicht werden und eröffnet Perspektiven jenseits eines Lebens in Armut oder auf der Straße.

4. 10. Schlüsselräume priorisieren – sozialräumlich handeln

Blickt man auf Hannover als Ganzes, zeigt sich: Familien und Kinder in Armut gibt es in jedem Stadtteil. Aber Kinder in Armut leben nicht gleichmäßig über die Stadt verteilt, sondern konzentrieren sich in einigen Stadtteilen oder innerhalb bestimmter Stadtteile in ganz bestimmten Quartieren, Kinderbetreuungseinrichtungen oder Grundschulen. Um der öffentlichen Verantwortung gegenüber Kindern gerecht zu werden und Kinder in Armut mindestens gleichermaßen oder prioritär zu erreichen, ist es sinnvoll und notwendig,

- Gebiete mit besonderem sozialen Handlungsbedarf und hoher Kinderarmut zu identifizieren,
- personelle und finanzielle Ressourcen, Maßnahmen und Institutionen räumlich dort zu konzentrieren, wo sie am Dringendsten gebraucht werden und
- sozialräumlich zu denken und vernetzt zu arbeiten, d.h. z. B. Ressourcen vor Ort in das jeweilige Handeln systematisch einzubeziehen.

Schlüsselräume identifizieren

Die hannoverschen Sozialberichte zeigen in regelmäßigen Abständen, in welchen Stadtteilen besonders viele Familien, speziell allein Erziehende oder Kinderreiche leben, wo sich bestimmte Altersgruppen Kinder und Jugendlicher häufen, wo die Kinderarmutsdichte oder die (Jugend-)Arbeitslosigkeit besonders hoch sind, der Wohnflächenstandard, die gesundheitliche Situation von Schulanfängerinnen und –anfängern oder die Wahlbeteiligung besonders niedrig sind und welche Handlungsempfehlungen sich daraus ableiten lassen. Der erste Kommunale Bildungsplan Hannovers 2009 (vgl. Informationsdrucksache [1106/2009](#)) zeigt darüber hinaus die Zusammenhänge zwischen sozialräumlicher Einkommens- und Bildungsbenachteiligung.

Strategischer Zugang: Auf der Basis kleinräumiger und jährlich aktualisierter Monitorings ist es möglich, für unterschiedliche Fragestellungen Gebiete mit besonderem sozialen Handlungsbedarf zu identifizieren. Mit Blick auf das Handlungsfeld Kinderarmut sind diese Gebiete als → Schlüsselräume zu bezeichnen.

Schlüsselinstitutionen haben in Schlüsselräumen Vorrang

In Zeiten begrenzter Ressourcen geht es stets darum – auch im Rahmen eines Hannoverschen Wegs für Kinder in Armut – Schlüsselinstitutionen und Schlüsselmaßnahmen gezielt an Standorten zu platzieren, wo Kinder und Jugendliche in ihren Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt sind, also in Schlüsselräumen.

Aus diesem Grund verteilen sich die personell bzw. finanziell besonders ausgestatteten 19 Familienzentren Hannovers, die 82 Erschwerniskindertagesstätten (vgl. Kap. 4.5. „Kinder früh fördern“) und die 13 „Schulen im Stadtteil“ (vgl. Kap. 4.6. „Schlüsselinstitution Schule“) nicht beliebig über Hannover, sondern überwiegend auf Gebiete, in denen sich Kinder in prekären Lebenslagen häufen. Auch die meisten Nachbarschaftstreffs und -initiativen Hannovers liegen in Stadtteilen mit schwieriger Sozialstruktur. Grundlage für eine möglichst gerechte Planstellenverteilung der über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kommunalen Sozialdienstes ist eine regelmäßig aktualisierte, sozialräumliche Analyse, um unterschiedliche Arbeitsintensitäten in den Sozialräumen personell auszugleichen.

Grundschulen haben das Potential zur Schlüsselinstitution, unabhängig davon, ob sie „Schule im Stadtteil“ sind, eine Nachmittagsbetreuung haben, an Rucksack II-Programm beteiligt sind oder durch Bildungslotsen begleitet werden oder nicht. Grundschulen erreichen ohne besondere Anstrengung prioritäre Zielgruppen quasi automatisch und in der Fläche. Dieses Potential gilt es zu nutzen und wird auch

genutzt. Beispielsweise ermöglichen Grundschulen allen Kindern gleichermaßen Zugang zu Bildung jenseits des Klassenzimmers, wie z. B. zur Bücherei, Zoo, Kino oder ins Theater. Quasi nebenbei fließen Themen wie Ernährung und Bewegung ein, allerdings in zeitlich engem Rahmen. Eine systematische, stadtweite und strategische Platzierung des Themas Kinderarmut ist aus Sicht der Grundschulen ohne veränderte Rahmenbedingungen derzeit allerdings kaum leistbar.

Strategischer Zugang: Kennzeichen von → Schlüsselinstitutionen ist in diesem Fall nicht allein ihre überdurchschnittliche Ausstattung (wie z. B. Erschwerniskindertagesstätte und Familienzentren), sondern auch ihr Standort in → Schlüsselräumen der Kinderarmut (wie z. B. einige Grundschulen).

Sozialräumlich denken und arbeiten

Die Priorisierung von Schlüsselräumen als strategischer Baustein ist ebenso wichtig, wie die sozialräumliche Ausrichtung in den jeweiligen Arbeitsansätzen. Die auf den ersten Blick so unterschiedlichen Einrichtungen wie Familienzentren, Erschwerniskindertagesstätten, Nachbarschaftsinitiativen, Stadtteiltreff oder Schulen und Arbeitsansätze wie Jugendbildungskoordination oder Kommunalen Sozialdienst im Stadtteil haben gemeinsam, dass sie idealer Weise

- ein zentraler Ort der Vernetzung im Sozialraum sind, von wo aus Kontakte gebündelt werden oder aber Kontakt zu diesem Ort pflegen
- über differenzierte Kenntnisse des Sozialraums (Ressourcen, Schlüsselpersonen etc.) verfügen
- professionelle Hilfesysteme einbinden und mit ihnen kooperativ zusammen arbeiten, wenn sinnvoll und nötig
- unterschiedliche Bevölkerungsgruppen des jeweiligen Sozialraums ansprechen
- ihre Angebote so ausrichten, dass sie sich an den jeweiligen lokalen Bedarfen orientieren

Strategischer Zugang: → Schlüsselräume werden finanziell, personell oder infrastrukturell priorisiert, → Schlüsselinstitutionen richten sich sozialräumlich aus.

Jugendbildungskoordination

Ein Teil des Aufgabenspektrums der Jugendbildungskordinatorinnen und –koordinatoren im Fachbereich Jugend und Familie ist, sozialräumliche Bedarfe, Ziele und Handlungsfelder, die sich aus den Aufgaben und Einrichtungen der Jugendhilfe ergeben, insbesondere in Bezug auf die Themen „Bildung, Betreuung und Erziehung“ zu ermitteln, um daraus sozialräumlicher Konzepte zur Implementierung von Bildungsprozessen zu initiieren. Es werden bereichsübergreifende Quartierskonzepte der Jugendhilfe entwickelt, zu Themen wie Elternbildung, qualifizierte Hausaufgabenhilfe und Betreuung von Grundschulkindern, außerschulische Bildungsangebote und soziale Gruppenarbeit für Kinder und Jugendliche, Förderung von Schlüsselkompetenzen durch Angebote der kulturellen Bildung und sportlicher Aktivitäten in Verbindung mit Angeboten der Nachbarschaftsarbeit.

Strategischer Zugang: Schärfung des Blicks für sozialräumliche Bildungsbedarfe, auch in → Schlüsselräumen, wo sie u.a. im Sinne eines Frühwarnsystems agieren.

Soziale Stadt

Bislang wurden in Hannover fünf Sanierungsgebiete in das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ aufgenommen, mit dem Ziel „Abwärtsspiralen“ in benachteiligten Quartieren aufzuhalten und die Lebensbedingungen vor Ort möglichst nachhaltig zu verbessern. Auf der Basis jeweiliger Probleme und Ressourcen vor Ort werden unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Sanierungskommission Handlungsfelder und Ziele abgeleitet, die jeweils verbindlich in Integrierten Handlungskonzepten festgeschrieben und in ihrer Zielerreichung evaluiert werden. Es besteht die Möglichkeit, innerhalb des Programms „Soziale Stadt“ auch Projekte und Maßnahmen im nicht-baulichen Bereich zu finanzieren. Hierzu zählen neben den städtischen Eigenmitteln u. a. das aus dem Europäischen Sozialfonds finanzierte Bundesprogramm Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ), ein ergänzendes arbeitsmarktpolitisches Instrument, das im Sanierungsgebiet Stöcken durchgeführt wird (vgl. Kap. 4.1. „Familien ein Erwerbseinkommen ermöglichen“). Familien in Armut vor Ort profitieren von „Sozialer Stadt“ in mehrfacher Hinsicht, beispielsweise über eine verbesserte Wohnungsqualität und Wohnumfeldverbesserung, Imagestärkung des Quartiers oder vermehrter sozialer Infrastruktur.

Strategischer Zugang: Das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ ist grundsätzlich in Gebieten mit besonderem sozialen Handlungsbedarf angesiedelt, die zugleich auch → Schlüsselräume im Hinblick auf Kinderarmut sind. Prioritäre Zielgruppen profitieren davon in mehrfacher Hinsicht.

Quartiersmanagement (QM) und Gemeinwesenarbeit (GWA)

Die Umsetzung des integrativen Ansatzes des Programms „Soziale Stadt“ vor Ort erfolgt durch Quartiersmanagement. Das Quartiersmanagement ist für die Initiierung und Koordinierung der Inhalte des Programms „Soziale Stadt“ die zentrale Stelle im Sanierungsgebiet. Quartiersmanagement richtet sich primär an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vor Ort. Zu den Aufgaben gehört es, die Einwohnerinnen und Einwohner an den Prozessen zu beteiligen, neue Ideen aus dem Stadtteil aufzugreifen, Projekte zu entwickeln sowie die lokalen Akteure der Verwaltung und der freien Träger zu vernetzen. Ergänzend dazu gibt es Quartiersmanagement der Gesellschaft für Bauen und Wohnen in Hannover (GBH) in Nichtfördergebieten wie Mühlenberg, Linden-Süd und Roderbruch. Ziel dabei ist es u.a. den Selbsthilfegedanken in den aufgeführten Gebieten zu fördern und die Vernetzung weiter zu entwickeln.

Unabhängig vom Programm Soziale Stadt ermöglicht die Gemeinwesenarbeit die Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern am Stadtteilgeschehen. Die Gemeinwesenarbeit in Mittelfeld, Vahrenheide und im Sahlkamp ist eine Anlaufstelle für alle Menschen im Quartier, organisiert Stadtteilprojekte, vermittelt, koordiniert, vernetzt, initiiert, greift Ideen auf, schiebt Maßnahmen an und führt Kurse durch. Ziel ist es letztlich, die Lebensqualität vor Ort zu steigern, indem Probleme lösungsorientiert aufgegriffen und vorhandene Ressourcen gestärkt werden. Kinder in Armut sind dabei bereits immer auch eine der prioritären Zielgruppen. Fest in den Quartieren verankert und gut vernetzt agiert die Gemeinwesenarbeit als Schlüsselinstitution, deren Schlüsselpersonen weitere Schlüsselpersonen kennen, um auf kurzem Weg weiterzuhelfen. Aus der differenzierten Kenntnis des Sozialraums heraus kann Gemeinwesenarbeit Einfluss nehmen, gerade im Sinne von Prävention und Teilhabeförderung.

Strategischer Zugang: Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit sind Arbeitsansätze in Schlüsselräumen der Kinderarmut. Als → Schlüsselpersonen erreichen GWA und QM Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vor Ort sowie prioritäre Zielgruppen in → Schlüsselräumen. In ihrer Sicht- und Arbeitsweise sind sie sozialräumlich ausgerichtet.

Nachbarschaftsinitiativen

Im Zuge des vom Rat beschlossenen Modellversuchs zur „Förderung des Aufbaus nachbarschaftlicher Systeme in Stadtteilen mit schwieriger Sozialstruktur“ ließ die Stadt Hannover exemplarisch vier Nachbarschaftsinitiativen evaluieren, als Grundlage für ein mögliches Ausbau- bzw. Stärkungskonzept. Alle Projekte fußen auf lokal vorhandenen Initiativen, sind geprägt vom Selbsthilfegedanken und verstehen sich als eine auf Gegenseitigkeit beruhende Unterstützungs- und Hilfsgemeinschaft in Nachbarschaften, idealer Weise nicht nur einer Hausgemeinschaft, sondern des gesamten Quartiers. Allen Nachbarschaftsinitiativen gemeinsam ist, dass sie Familien, primär Mütter und Kinder ansprechen. Daneben gibt es offensichtlich einen enormen Bedarf an individuellen Beratungsdienstleistungen für besonders hilfebedürftige Personen, der jedoch nicht immer (von den Nachbarschaftsinitiativen) gedeckt werden kann und gedeckt werden sollte (plan zwei 2008/2009). Die Erfahrungen aus dem Modellvorhaben zur Entwicklung nachbarschaftlicher Unterstützungssysteme haben gezeigt, dass Nachbarschaftsinitiativen einen wichtigen Beitrag zur Förderung nachbarschaftlicher Kommunikation, Stabilisierung von Nachbarschaften und niedrigschwellige Unterstützung im Quartier leisten.

Strategischer Zugang: Nachbarschaftsinitiativen stehen exemplarisch für Einrichtungen, die in → Schlüsselräumen platziert sind und für einen Arbeitsansatz, der sowohl punktuell Kinder und Familien meist der unmittelbarer Nachbarschaft in Gebieten mit besonderem sozialen Handlungsbereich erreicht, als auch in seiner Sicht- und Arbeitsweise sozialräumlich ausgerichtet ist.

Communities That Care (CTC)

Sozialräumlich ausgerichtet ist auch das Steuerungsprogramm „Communities That Care – CTC“ des Landespräventionsrats Niedersachsen und der LAG Soziale Brennpunkte. Es zielt originär auf das Problemverhalten Jugendlicher ab (z. B. Gewalt, problematischer Drogen- und Alkoholgebrauch oder Schulabbruch) und will durch Minimierung von Risikofaktoren (z. B. mangelnde Erziehungskompetenzen der Eltern) und Stärkung von Schutzfaktoren (z. B. Stärkung von Bindungen in der Familie oder in der Nachbarschaft) Familien im Sozialraum durch ein stützendes Umfeld stärken. CTC wird in einem Modellversuch innerhalb Niedersachsens an drei Standorten getestet, darunter in Hannover im Stadtteil Mühlenberg inklusive Wettbergen West.

Strategischer Zugang: Aufgrund des Starts von CTC in einem → Schlüsselraum der Kinderarmut sowie der sozialräumlichen Ausrichtung des Programms fließt der in seiner Wirkung zu beobachtende Ansatz in den Hannoverschen Weg für Perspektiven von Jugendlichen in Armut mit ein, auch als möglicher Modellansatz für weitere Quartiere.

Anregungen, die geprüft werden:

Rotierende Gemeinwesenarbeit

Weil es gleichzeitig deutlich mehr Gebiete mit besonderem sozialen Handlungsbedarf als personelle Ressourcen in der Gemeinwesenarbeit gibt, wird derzeit innerhalb des Fachbereichs Soziales die Möglichkeit eines flexiblen, rotierenden Einsatzes der Gemeinwesenarbeit geprüft. Ziel ist es, Gemeinwesenarbeit passgenau jeweils befristet da einzusetzen, wo die Sozialstruktur und soziale Situation dies nahelegen, also z. B. in Schlüsselräumen der Kinderarmut.

Frühe Hilfen

Gut aufeinander abgestimmte Hilfen für Familien haben sich als eine erfolgreiche Methode unter dem Begriff „Frühe Hilfen“ bewährt (siehe soziale Frühwarnsysteme in NRW und [51](http://www.kinderschutz-</p></div><div data-bbox=)

niedersachsen.de). Sich abzeichnende Problemlagen werden in möglichst frühen biografischen Entwicklungsphasen von Kindern und Jugendlichen systematisch erkannt und interdisziplinär bearbeitet, bevor sie sich verfestigen oder zu Krisen zuspitzen können, bzw. bevor ganze Sozialräume sich so zu verändern drohen, dass Familien dort Benachteiligung erfahren (MGFFI NRW 2006). Zu prüfen ist, ob dieses System der klar vereinbarten Handlungsschritte, das bereits in Hannover im „Koordinationszentrum Kinderschutz“ angelegt ist und primär die Prävention von Verwahrlosung, Misshandlung oder sexuellen Missbrauch von Kindern in den Fokus stellt, in Richtung Armutsprävention entwickelt werden könnte. Zu klären wäre dabei die Frage, wie die Realisierungschancen in Hannover sind, wie ein System früher Hilfen nach der durch die Landesregierung gegebenen Anschubfinanzierung weiter aufrecht erhalten werden kann und wie die Vernetzung der beteiligten Institutionen weiter unterstützt werden kann.

Grundschulen als Schlüsselinstitutionen, zum Teil in Schlüsselräumen

Kinderarmut ist an einzelnen Grundschulen bereits strategisches Thema. Der Problematik bewusst sind sich alle Grundschullehrerinnen und -lehrer, auch in ihrer Rolle als Schlüsselpersonen in einer Schlüsselinstitution. Allerdings sind systematische Platzierungen des Themas Kinderarmut oder die Umsetzung präventiver Ansätze „nebenbei“ kaum leistbar. Auch sind Lehrkräfte allein in Fragen zusätzlicher Unterstützungs- und Beratungsleistungen zeitlich wie inhaltlich häufig überfordert. Zu überprüfen wäre daher, inwieweit eine systematische Einbeziehung der Grundschulen als Schlüsselinstitutionen gewünscht, machbar und leistbar wäre, beispielsweise indem Armutsprävention und Teilhabeförderung strategisches Thema im Arbeitskreis der Grundschulleitungen würde und damit Gegenstand einer übergeordneten, stadtweiten Grundschul-Strategie. Geprüft werden auch ergänzende strategische Möglichkeiten im Rahmen der Leitlinien und Arbeitshilfen zum Übergang von Kindertagesstätte zu Schule oder im Rahmen des Ausbaus von Ganztagschulen.

4. 11. Hannover-Aktiv-Pass – Teilhabe ermöglichen

Der Hannover-Aktiv-Pass ermöglicht Teilhabe in nahezu allen aufgeführten Handlungsfeldern und kann darum nicht nur einem einzigen Handlungsfeld zugeordnet werden. Aus diesem Grund und weil fast alle Expertinnen und Experten den Hannover-Aktiv-Pass als DAS entscheidende Instrument für mehr Teilhabechancen erachten, wird dem Hannover-Aktiv-Pass ein Kapitel als eigenständiger Handlungsansatz gewidmet.

Der **Hannover-Aktiv-Pass** reicht als ein Ermäßigungs- und Teilhabeinstrument in nahezu jedes Handlungsfeld hinein, je nach dem, ob und wofür Kinder und ihre Eltern den Aktiv-Pass einsetzen. Beispielsweise können Familien damit im ÖPNV mobiler sein (Handlungsfeld **Grundbedürfnisse sichern**), Kinder können in Sportvereinen Mitglied werden oder ermäßigt ins Schwimmbad (Handlungsfeld **Gesundheit fördern**), an Kultur und Bildung wie Bibliotheken, Herrenhäuser Gärten, Kommunalem Kino, Theater und Oper teilhaben (Handlungsfeld **Kinder und Jugendliche stärken**) oder Zugang zur Musikschule oder Kinderkultur erhalten (Handlungsfeld **Kinder früh fördern**). Ferner können Eltern auch in den Ferienzeiten Beruf und Familie vereinbaren (Handlungsfeld **Erwerbseinkommen ermöglichen**), wenn Kinder und die Jugendlichen die Feriencard oder den Jugend-Ferien-Service in Anspruch nehmen. Insgesamt akzeptieren über 100 Institutionen, Einrichtungen und Anbieter in Hannover den Aktiv-Pass, wobei zahlreiche Institutionen und Anbieter Arbeitslosengeld- und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern schon seit langem Ermäßigungen einräumen, wie z. B. die städtischen Bäder, Museen und Staatstheater sowie die Volkshochschule und der Bildungsverein.

Die in der Vergangenheit häufig als stigmatisierend empfundene Vorlage von Bescheiden des JobCenters oder des Fachbereichs Soziales bei Anbietern und Institutionen wird durch die vergleichsweise diskrete und unaufwändige Legitimation durch den Pass ersetzt. Weil sich der **Hannover-Aktiv-Pass** an Leistungsberechtigte u. a. nach dem SGB II/XII und AsylBLG richtet, werden darüber automatisch einkommensarme Kinder und ihre Familien erreicht. Im Jahr wurden 78.238 ausgestellt, davon 75.512 per automatisiertem Versand.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass der Pass vielfältig eingesetzt wird. Es wurden allein im dritten Tertiäl 2009 über 8.000 Einzelermäßigungen in Anspruch genommen, darunter über 2.000 für städtische und städtisch geförderte Bäder, fast 2000 für Angebote städtischer und freier Bildungs- und Kultureinrichtungen, über 1000 für Theater und Kindertheater und fast 1000 für städt. Kinder- u. Jugendeinrichtungen, Veranstaltungen, Ferien-Service, Kinderkultur. Darunter sind Ermäßigungen, die sowohl Kinder einmalig erreichen (z. B. Schwimmbad), als auch über einen längeren Zeitraum (z. B. VHS) oder regelmäßig das ganze Jahr über (z. B. Sportverein).

Strategischer Zugang: Familien, Eltern, Kindern und Jugendlichen mit sehr geringem Einkommen haben bei Inanspruchnahme die Chance, an den kommunalen Angeboten teilzuhaben, auch bei wenig Geld. Ziel ist es u.a., Gesundheits- und Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen zu fördern und Eltern zu stärken. Der Hannover-Aktiv-Pass ist ein entscheidendes Instrument für mehr Teilhabe und eine → Schlüsselmaßnahme.

5. Der Hannoversche Weg auf einen Blick

Den Hannoverschen Weg kennenlernen kommunizieren, weiterentwickeln

Ausgangs- und Mittelpunkt des Hannoverschen Wegs inklusive der handlungsleitenden Prinzipien ist seine Offenlegung, Kommunikation und Weiterentwicklung. Teilhabeförderung und Chancengerechtigkeit für Kinder aus armen Familien ist eine Querschnittsaufgabe. Das bedeutet für uns als Stadtverwaltung:

1. Wir kommunizieren die handlungsleitenden Prinzipien nach innen (innerhalb der Verwaltung) und nach außen (Stadtgesellschaft, Politik, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren etc.).
2. Wir entwickeln die Prinzipien weiter, prüfen die von Expertinnen und Experten vorgeschlagenen Maßnahmen und setzen chancengerechte Konzepte um, in allen aufgeführten Handlungsfeldern.
3. Wir setzen auf Schlüsselinstitutionen, Schlüsselräume und Schlüsselmaßnahmen als handlungsleitendes Prinzip entlang aller Altersphasen von Kindern und Jugendlichen.
4. Prioritäre Zielgruppen haben dabei Vorrang, d. h. vor allem die „Kleinen“ und ihre Eltern.
5. Wir nutzen alle bestehenden Zugänge, d. h. flächendeckende Zugänge, Zugänge über den Sozialraum/das Quartier, Zugänge in spezifischen Problemen, punktuelle Zugänge, um Kinder und Familien in Armut zu erreichen.
6. Wir schaffen weitere Zugänge zu Kindern und Familien in Armut, dort wo wir sie noch nicht (früher) erreichen.
7. Wir fragen uns bei allen Maßnahmen und jedem Angebot, ob sie mit unseren strategischen Zielen übereinstimmen und ob wir damit Zielgruppen erreichen und die Chancengerechtigkeit erhöhen.
8. Wir richten uns sozialräumlich aus, arbeiten kooperativ und vernetzen uns mit Akteurinnen und Akteure, die mit Kindern und Jugendlichen direkt oder indirekt arbeiten.
9. Wir begreifen die strategische Funktion von Schlüsselpersonen und nehmen diese Rolle an („Ich bin für diese Familie/dieses Kind eine potentielle Schlüsselperson, könnte eine sein oder werden“).
10. Wir sind bei all dem verbindlich und transparent.

Abbildung 3: Elf Handlungsansätze



Literatur

Arbeiterwohlfahrt (AWO) (2000): Gute Kindheit - Schlechte Kindheit. Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen. AWO-Bundesverband. Bonn

Arbeitskreis Armut und Gesundheit Niedersachsen (2008): Strategien gegen Kinderarmut. Impulse für die Praxis. Hannover

Berufsverband der Ärzte für Kinderheilkunde und Jugendmedizin Deutschlands e.V. (1998): Hessischer Leitfaden für Arztpraxen: Gewalt gegen Kinder. Was ist zu tun bei „Gewalt gegen Mädchen und Jungen“. Wiesbaden

Bundesagentur für Arbeit (2009): Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II. Zeitreihe zu Strukturwerten nach SGB II nach Ländern, eigene Berechnungen.

Bundesgesundheitsblatt (2007): Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheits surveys. In: Bundesgesundheitsblatt, 50, S. 529-910

BMAS (2009): SGB II-Wirkungsforschung bei Migrant/innen. Berlin

BMFSFJ (2009): Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin

Bundesregierung (2009): Eckpunkte zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen und Berufsabschlüssen. Berlin, Stand 9.12.2009

Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder e.V. (2009): Kinderarmut erkennen, wirksam handeln. Berlin

DV (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge) (2009): Dokumentation der Fachtagung des DV: „Kinderarmut – Arm an Geld und Bildung? Nationale und europäische Herausforderungen und Lösungsansätze“. 07.09.2009

Dragano, N., Lampert, T., Siegrist, J. (2009): Wie baut sich soziale Ungleichheit im Lebenslauf auf? Expertise zum 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung. In: Sachverständigenkommission des 13. Kinder- und Jugendberichts.

Ebigt, S. et al. (2008): Niedersächsischer Armuts- und Reichtumsbericht 2008 – Entwicklung von Reichtum und Armut in Niedersachsen 2005-2007. In: Statistische Monatshefte Niedersachsen H.12, S. 660 - 682

Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember (2006): Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen [Amtsblatt L 394 vom 30.12.2006].

Freynik, P. (2008): Schlechterer Kindergesundheitszustand von Migrantenkindern. Kinder- und Jugendgesundheitsdienst Gesundheitsamt Essen. Essen

Gintzel U. et al. (2008): Kinderarmut und kommunale Handlungsoptionen. Opladen

Hock, B., Holz, G., Wüstendörfer, W. (2000): "Frühe Folgen - Langfristige Konsequenzen?" Armut und Benachteiligung im Vorschulalter. Frankfurt am Main.

Holz, G. (2009): Kinderarmut und soziale Ungleichheit – Familienpolitik weiterdenken! In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. 39. Jg., H.2, S. 68 - 81

JobCenter Region Hannover (2009): Geschäftsbericht der Arbeitsgemeinschaft JobCenter Region Hannover, III. Quartal

Landeshauptstadt Hannover (2007): Wegweiser zu Stiftungen in Hannover. Hannover

Landeshauptstadt Hannover (2008): Sozialbericht 2008. Bericht zur sozialen Situation in Hannover. Hannover

Landeshauptstadt Hannover (2008a): Lokaler Integrationsplan. Hannover.

Landeshauptstadt Hannover (2009): Bildung, Betreuung, Erziehung. Kommunale Bildungsplanung in der Landeshauptstadt Hannover. Hannover

Landeshauptstadt Hannover und Region Hannover (2009). Gesund in Stöcken (Durchführung: Quartiersmanagement Stöcken, Fachbereich Gesundheit). Hannover

Mardorf, S., Sauermann, E., Walter, T.: (2010): You can go your own way. Überlegungen über lokale Strategien gegen Kinderarmut. In: Hammer, V, Lutz, R. (Hrsg.) (2010): Wege aus der Kinderarmut. Weinheim

Meier, U. et al. (2003): Steckbriefe von Armut. Haushalte in prekären Lebenslagen. Wiesbaden

MGFFI NRW (Hrsg.) (2006) (Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen): Soziale Frühwarnsysteme - Frühe Hilfen für Familien. Arbeitshilfe zum Aufbau und zur Weiterentwicklung lokaler sozialer Frühwarnsysteme. Münster

MI (Hrsg.) (2008) (Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration): Interkulturelle Öffnung des Gesundheitswesens. Hannover

plan zwei (2008): Modellvorhaben. Entwicklung nachbarschaftlicher Unterstützungssysteme. Nachbarschaftsinitiativen in Hannover. Zwischenevaluation. Hannover

plan zwei (2009): Modellvorhaben Entwicklung nachbarschaftlicher Unterstützungssysteme. Nachbarschaftsinitiativen in Hannover. Evaluationsbericht. Hannover

Richter, A. (2009): Gesundheitsförderung für und mit sozial Benachteiligten in Deutschland und Europa. Dokumentation der Fachtagung des DV: „Kinderarmut – Arm an Geld und Bildung? Nationale und europäische Herausforderungen und Lösungsansätze“. 07.09.2009

Statistisches Bundesamt (2008): Statistik zur Überschuldung privater Personen 2008, Wiesbaden